Breslauer  Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspr. in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnem. 50 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Insertionsgebühr für den Raum einer sechstheiligen Petit-Zeile 20 Pf., Reclame 50 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag einmal, Montag zweimal, an den übrigen Tagen dreimal erscheint.

Nr. 22. Mittag-Ausgabe. Einundsechszigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. Mittwoch, den 14. Januar 1880.

Deutschland.

O. C. Landtags-Verhandlungen.

35. Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 13. Januar.

11 Uhr. Am Ministertische Graf zu Eulenburg und Bitter mit mehreren Commissarien.

Das Haus tritt in die erste Berathung der vier Verwaltungsgesetze betr. 1) die Organisation der allgemeinen Landesverwaltung, 2) die Zuständigkeit der Verwaltungsbehörden und der Verwaltungsgerichte, 3) die Verfassung der Verwaltungsgerichte und das Verwaltungsstreitverfahren, 4) die Abänderung von Bestimmungen der Kreisordnung für die Provinzen Preußen, Brandenburg, Pommern, Posen, Schlesien und Sachsen. Es melden sich 16 Redner gegen, 10 für die Vorlagen zum Wort.

Abg. v. Bennigsen: Meine Freunde und ich haben gewichtige Bedenken gegen die Vorlagen, doch erkennen wir offen und freudig an, daß mit ihnen ein Schritt vorwärts auf dem unterbrochenen Wege der Reorganisation unserer Landesverwaltung geschieht und sind bereit, den Nachtheilen des unfertigen Zustandes durch einen gleichmäßigen Abschluß in den hauptsächlichsten Grundlagen der Verwaltung ein Ende zu machen. Es handelt sich um eine Staatsnothwendigkeit, nicht um eine Frage der Parteipolitik, nicht um eine conservative oder liberale Frage. Wir als Liberale werden deshalb der Staatsregierung bei dieser Arbeit unsere bereitwillige Mitwirkung leihen trotz der starken Verbitterung, die bei den Wahlen nicht nur zwischen uns und den conservativen Parteien, sondern, um nicht mehr zu sagen, auch eine sehr starke Spannung zwischen der Staatsregierung und den gemäßigt liberalen Parteien eingetreten ist. Wir werden diese Mitarbeit der conservativen Regierung leihen, wie eine liberale Regierung sie von den conservativen Parteien fordern und hoffentlich nicht ohne Erfolg finden würde.

Indem die Regierung endlich ein Gesetz über die Grundlagen der Staatsverwaltung in der ganzen Monarchie feststellen will, schlägt sie den richtigen Weg ein, den nicht schon im Jahre 1872 nach Erlaß der Kreisordnung zu beschreiten ein verhängnißvoller Fehler der Regierung und des Landtags war. Daher das Schwanken, die Unsicherheit, der Mangel eines festen Bildes von der Verbindung der neuen Formen der Selbstverwaltung mit sicheren Formen der Staatsbehörden, der Vorbehalt, der bei dem Erlaß der bedeutenden Gesetze von 1875—1876 gemacht wurde, sie in wesentlichen Punkten zu ändern, wenn die Organisation der Staatsbehörden geändert werden sollte. Zwar hat die Regierung 1875 Grundzüge über eine Organisation der Staatsbehörden vorgelegt, die sich auch in den neuen Vorlagen wiederfinden; aber über diese Grundzüge wurden keine Beschlüsse gefaßt und es ist überhaupt viel leichter, Grundzüge aufzustellen als Orgnnisationsgesetze zu machen. Die Provinzialordnung und das Competenzgesetz verbinden die wichtigsten Vorschriften wegen Einrichtung ganzer Behörden und der Regulirung des Instanzenzuges gesetzlich mit Resolutivbedingungen, eine bedenkliche und in der Gesetzgebung großer Staaten sehr seltene Erscheinung. Jetzt endlich verlassen wir diesen Weg und wollen neue Formen einführen in den Organismus ganz bestimmt festgestellter Staatsbehörden als Vorbedingung einer die ganze Monarchie umfassenden Reform. Doch müssen meine Freunde und ich uns gegen die Uebergangs- und Schlußbestimmungen des Titel 5 des Gesetzentwurfs über die Organisation der allgemeinen Landesverwaltung erklären, für die der Minister des Innern eine Mehrheit im Hause nicht finden wird, wie er selbst bald sehen wird. In diesen Vorschriften ist bestimmt, daß dieses Gesetz sofort in der ganzen Monarchie zur Ausführung gebracht werden soll.

Da nun bekanntlich Provinzial- und Kreisordnungen mit ihren Vertretungen und Ausschüssen nur in 5 Provinzen bestehen, in Posen, Rheinland, Westfalen und den neuen Provinzen erst eingeführt werden sollen, dieses Gesetz aber diese Ausschüsse für seine Wirksamkeit voraussetzt; so sind Uebergangsbestimmungen getroffen, die wir für durchaus unzulässig halten: der Landrath soll den Kreisausschuß, der Oberpräsident den Provinzialrath vertreten und der Regierungspräsident in demselben Augenblick, wo man die Abtheilungen des Innern als Collegien auflöst, wieder mit diesen seinen vortragenden Räthen und Hilfsarbeitern als Collegium zusammentreten und den Bezirksrath bilden. Wir haben in der That nicht nöthig die Provisorien und Interimistica in den neuen Provinzen noch zu vermehren, zumal für die kurze Frist von 2 Jahren. Will die Regierung die neuen Einrichtungen in den neuen Provinzen einführen, woran nicht entfernt zu zweifeln ist, so mag man sie im vollen Zusammenhang einführen. Werden diese Uebergangsbestimmungen zugestanden, so wird die Staatsregierung ein weit geringeres Interesse haben, die Kreisordnung in den sechs Provinzen einzuführen, als wenn sie [illegible] Der Minister des Innern [illegible] zuführen. Aber das natürliche Schwergewicht der sachlichen und politischen Hindernisse wird sich dann geltend machen, wie es auch schon in der langen Verzögerung und in den langen Pausen auf diesem Gebiet gethan hat. Es handelt sich namentlich in den unteren Instanzen des Kreises und der Gemeinde politisch und sachlich um außerordentlich schwierige Aufgaben, daher die Ausdehnung der Provinzial- und Kreisordnung bisher nicht gelang. Dazu treten noch erhebliche organisatorische Schwierigkeiten. Die unteren Instanzen, Gemeinde und Kreis, gestatten, ja erfordern eine gewisse Verschiedenheit und Mannigfaltigkeit in einem großen Staate.

Auf die Organisation der mittleren Polizeiverwaltung, [illegible] wirkt die ganze Verschiedenartigkeit der einzelnen Provinzen ein. Diese schwierige Frage wird noch viele Verhandlungen zwischen Regierung, Landtag und Provinzialanlagen erfordern. Dabei möchte ich aber die Regierung nicht in die bequeme Lage versetzen, daß allenfalls ein Zustand geschaffen wird, der noch 10 bis 12 Jahre ertragen werden könnte, wenn Sie die jetzigen Einrichtungen dieser Staatsbehörden haben, in den Provinzen aber eine [illegible] der Selbstverwaltungsbehörden nicht erreicht werden kann. Wie können wir, wenn auch nur für ein oder zwei Jahre, so widerspruchsvolle Einrichtungen neu schaffen in dem Moment, wo wir die Entscheidung der Laien in wichtigen Fragen für nothwendig halten, daß wir den Landrath zum Kreisausschuß und den Oberpräsidenten zum Provinzialrath erklären? (Sehr wahr!) Für ein bloßes Provisorium [illegible]. Ob die Vorlage in Betreff der Organisation der Verwaltung das Richtige getroffen, hängt davon ab, an welcher Stelle zwischen Ministerium und Kreisinstanz das Schwergewicht der eigentlichen Staatsverwaltung zu legen ist. Es wäre sehr gefährlich, hier etwa ganz selbstständige Organismen neben oder übereinander, den Bezirk und die Provinz, einschieben zu wollen; dadurch würde die Maschinerie allzu weitläufig und schwerfällig. Es fragt sich also, soll der Schwerpunkt im Bezirk oder in der Provinz liegen? [illegible] entscheidet, muß man auch den Muth haben, die volle Consequenz der Entscheidung zu ziehen. Ich war früher der Meinung, daß er in die Provinz zu verlegen sei. Die Provinzialvertretung von Hannover wünschte schon 1868, daß nach dieser Richtung mit Hannover selbst ein Versuch gemacht wäre, allerdings unter bedeutender Stärkung der Befugnisse der Provinzialinstanz, während die Regierung das Schwergewicht in 3 an die Stelle der 6 Landdrosteien zu setzende Regierungen legen wollte. Leider ist jenes Experiment nicht gemacht; wir hätten sonst für das gute Object zum Vergleich mit den altpreußischen Zuständen.

Die Regierung erklärt in ihren Motiven: das Schwergewicht in die viel zu großen Provinzen zu legen, ist unmöglich; der Instanzenzug würde [illegible] seit 1817 [illegible] Ueber diese Frage [illegible] Regierung; daß aber gegenüber dem Widerstreben des gesammten Beamtenthums gegen Aufhebung der Bezirksverwaltung [illegible] Wir können [illegible] Freunde, wenn auch widerstrebend, den Plan auf, an Stelle der Bezirke die Provinz zum Mittelpunkte der Staatsverwaltung zu machen. (Sehr richtig!) Die Provinz ist in hohem Maße ein Communalverwaltungskörper, hat gewisse oberinstanzliche Befugnisse wahrzunehmen unter Mitwirkung des Staates und der Laienelemente. Den Oberpräsidenten sind einzelne bestimmte Verwaltungs-Befugnisse beigelegt, das Schwergewicht der ganzen Verwaltung liegt in den Bezirken. Ich bin also damit einverstanden, daß die Forst-, die Domänen- und die Schulverwaltung in Verbindung mit dem Regierungs-Präsidenten an dem Sitze der Bezirks-Regierung organisirt werde; nur bezüglich der Steuer-Verwaltung ist mir die Frage ihrer inneren Natur nach zweifelhaft; hier sind vielleicht andere geographische Bezirke rationeller und die Errichtung einer einzigen Steuerbehörde für die ganze Provinz vorzuziehen, wie die bisherige Erfahrung, namentlich in Hannover, gelehrt hat. Die Abtheilung des Inneren bei der Regierung soll als Collegium aufgehoben und, während Schul-, Finanz- und Steuer-Verwaltung collegialisch bleiben, bureaukratisch organisirt werden. Die Collegialität dieser Abtheilung in Altpreußen wurde auch früher schon stark angezweifelt; in der neuen Organisation aber hat sie absolut keinen Platz mehr, nachdem die Beschlußfähigkeit dieses Collegiums unter die Mitwirkung von Laien gestellt und wichtige Gebiete ganz ausgeschieden wurden.

In Bezug auf die geographische Regelung dieser Einrichtungen möchte ich Modificationen für die Provinz Hannover befürworten. Nach der Vorlage soll Hannover, das bis jetzt 6 Regierungen oder Landdrosteien hatte, in 3 Regierungsbezirke getheilt werden, ohne daß überzeugende Gründe für diese Maßregel gegeben sind. Billiger ist sie zwar, aber der Grund einer zu erreichenden möglichst gleichmäßigen Vertheilung der Bevölkerung auf die einzelnen Regierungen ist, wie das Beispiel der übrigen Provinzen und Staaten beweist, absolut nicht stichhaltig, ebensowenig der Hinweis auf die Landgerichte, bei denen eine kolossale Differenz in der von ihnen umfaßten Bevölkerungsziffer herrscht. Die Zahl kann nur insofern ein entscheidendes Moment sein, als die Verwaltung überhaupt noch zweckmäßig mit einer gewissen Bevölkerungszahl organisirt werden kann, und da werden Sie es den Hannoveranern nicht verübeln, wenn sie sich gegen die Aufhebung der Landdrosteien erklärt haben, eine Institution, die sich seit 1822 aufs Trefflichste bewährt hat. Die neue, geradezu abenteuerliche Eintheilung, welche Küsten- und Binnenland zusammenkuppelt, wird man absolut nicht verstehen. Eine Uebereinstimmung der Verwaltungsbeamten und eine Kenntniß eines so umfangreichen Bezirks wird unmöglich gemacht. Das ist sachlich und politisch nicht zu verantworten. Waren die Landdrosteien in ihrem früheren beschränkten Geschäftsumfange in der That auf die Länge nicht lebensfähig, so würden sie es jetzt, durch die bedeutende Erweiterung ihres Wirkungskreises, bestimmt werden. Auch in den altpreußischen Provinzen wird sich, namentlich in Folge Ueberbürdung der Regierungs-Präsidenten, die Nothwendigkeit einer Verkleinerung der Regierungsbezirke herausstellen. Die Sache hat aber auch eine große politische Bedeutung. Hannover ist 1866 gewaltsam der Monarchie einverleibt, die Wunden sind in den 14 Jahren noch nicht vollständig vernarbt. Mögen auch die Folgen in vielen Gebieten wohlthätig sein, aber eine solche gewaltsame Vereinigung verletzt doch alle Interessen, nicht blos Gewohnheiten und lieb gewordene Einrichtungen in so hohem Grade, daß noch heute das politische Widerstreben gegen die staatsrechtlichen Einrichtungen sehr groß ist.

Schon jetzt führen diese Gegner das schwere Geschütz auf und sagen in den Blättern: da sehe man die preußische Regierung, die reichen Domänen und Forsten der Provinz haben sie gerne genommen, ihren großen, meist mit Schulden nicht belasteten Eisenbahncomplex lassen sie sich gefallen, aber um 25,000 Thaler zu sparen, wolle man nun alte werthvolle Einrichtungen nach der Schablone zuschneiden. Die preußische Regierung ist stark genug gegenüber solchem Widerstreben, wenn es sich in ungesetzlicher Weise geltend macht; aber den Gegnern der Ausgleichung der neuen und der alten Provinzen eine solche sachlich wirkende Waffe zu geben, wie es hier durch Zusammenlegung der Landdrosteien geschieht, ist außerordentlich schwer zu verantworten. Ich hoffe, der Minister wird deshalb von diesem Gedanken zurückkommen. Die neue Einrichtung unserer Verwaltung, das Heranziehen von Laien in Communal- und Bezirksverwaltung ist mit großen Schwierigkeiten verknüpft; die Laien können sich schwer mit diesen Gesetzen, namentlich der Provinzialordnung und dem Competenzgesetz zurechtfinden; man hat zu viele Rechtsmittel und Behörden gehäuft, während dies in Baden, Hessen, Sachsen, Würtemberg und Baiern vermieden wurde. Das Widerstreben gegen die neuen Gesetze ist bei uns zum großen Theil entstanden aus dem Widerwillen in einem großen Theil des Beamtenthums gegen die Heranziehung von Laien bei wichtigen Entscheidungen (Sehr richtig!) und die Controle durch das unabhängige Oberverwaltungsgericht, denn es giebt Niemand gern von seinen Rechten etwas auf, und man übt nicht gern in ganz neuen Formen seine Thätigkeit. Die Regierung hätte aber doch den nicht blos widersprechenden, sondern auch gehässigen Aeußerungen über diese Gesetze in Beamtenkreisen etwas schärfer entgegentreten sollen. (Hört!)

Ich hoffe, daß mit der Zeit ein freudiges Zusammenwirken zwischen Berufsbeamten und Vertrauensmännern eintreten wird, aber sowie die Regierung Respectirung der Maigesetze von der Kirche verlangt, kann sie auch von den Beamten verlangen, daß sie nicht die Verwaltungsorganisationsgesetze in den Augen der Bevölkerung herabsetzen. Welch große Rolle diese Verhältnisse in der Presse und bei den Wahlen spielen, ist bekannt. Die Forderungen nach größerer Vereinfachung und Uebersichtlichkeit verdienen aber Berücksichtigung. In der Richtung ist in den Vorlagen viel geschehn, es kann und muß aber noch mehr geschehen; dadurch wird die Institution populärer. Man muß besonders in der Selbstverwaltung in vielen Fällen die letzte Instanz an einer früheren Stelle abschließen. (Sehr wahr! rechts.) Das erleichtert nicht nur, sondern beschleunigt auch die Entscheidungen. — Eine Beschwerdeinstanz und eine Oberbeschwerdeinstanz ist in untergeordneten Angelegenheiten, z. B. bei Beschwerden eines Ortsarmen über die Höhe der Unterstützung, nicht nöthig. Auf dem Gebiete der Polizeiverwaltung hat man neben der Beschwerde, über welcher in letzter Instanz das Oberverwaltungsgericht entscheidet, noch ganz überflüssigerweise die Klage gegeben, durch deren Anstellung der Unkundige sich häufig, ohne zu wollen, des Rechts begiebt, die Zweckmäßigkeit einer Verfügung an-ugreifen, denn die Klage betrifft nur die Rechtmäßigkeit, schließt aber die Beschwerde über Unzweckmäßigkeit aus. Die Bestimmung ist in das Gesetz nur dadurch gekommen, daß die Einen in der Commission die Beschwerde, die Andern die Klage für das geeignete Rechtsmittel hielten. darum sagte man: Ihr sollt beides haben, Klage und Beschwerde. (Heiterkeit.) Der Vereinfachung wegen will die Vorlage auch in Städten mit über 10,000 Einwohnern den Kreisausschuß resp. den Landrath über die Ortspolizei stellen. Das widerspricht dem factisch und historisch berechtigten Selbstständigkeitstrieb der Städte; über diesen muß direct die Bezirksinstanz stehen.

Ganz unnöthig und nachtheilig ist die Theilung des Kreisausschusses in ein Verwaltungsgericht und eine Beschlußbehörde, welche entgegen der Kreisordnung von 1872 durch die späteren Gesetze und zwar nicht etwa blos durch die Schuld der Liberalen eingeführt ist; denn der Abg. Miquel widersprach dem, während ein angesehenes Mitglied der conservativen Partei, das ich wegen seiner jetzigen hervorragenden Stellung im Hause nicht nenne (Heiterkeit), die Scheidung befürwortete, und die Regierung hielt in der Commission daran fest, und der Abg. Miquel gab schließlich nur aus dem Grunde nach, weil man nicht wisse, ob ohne solche Trennung in der mittleren Instanz die Verwaltungsgerichte nicht zu viel Bedeutung bekämen. Wenn wir nun die Verwaltungsgerichte für die ganze Monarchie einführen, so müssen wir auf eine Vereinfachung in der mittleren und untern Instanz Bedacht nehmen, vorausgesetzt, daß die Grundlage der Verwaltungsgerichtsbarkeit nicht darunter leidet. Die Motive vertheidigen die jetzige Einrichtung besonders als eine besondere preußische Schöpfung. Aber daraus sollte man keinen Grund zum Festhalten schöpfen, da die anderen deutschen Staaten, welche Verwaltungsgerichte eingeführt haben, eine solche Trennung nicht kennen, sie haben vielmehr Gewicht gelegt auf Oeffentlichkeit und Mündlichkeit, Sicherung der Fristen, Bestimmung der Rechtsmittel, auf Heranziehung von Laien und Einrichtung eines Oberverwaltungsgerichts, das z. B. in Baiern große Anerkennung gefunden hat. Die Gleichmäßigkeit dieser Einrichtungen in ganz Deutschland ist hier gerade so, wie es in der Reichsprozeßgesetzgebung geschehen, vielmehr anzustreben, als das Festhalten einer preußischen Eigenthümlichkeit.

Ein Eingreifen in Details behalte ich mir für die Commissionsberathung vor: meine Freunde und ich wünschen eine besondere Commission von 21 Mitgliedern. Der Wichtigkeit der hier zu lösenden Aufgabe sind wir uns bewußt. Zugleich wissen wir, daß keine Partei im Hause die entscheidende Stimme über diese wichtigen Gesetze für sich allein beanspruchen wird. Die Ziele derselben sind weder conservativ noch liberal, sondern bedingen nothwendig ein Zusammenwirken aller politischen Parteien, wie dies in Hannover vielfach auch auf den Gebieten der communalständischen Verwaltung durch absolute Ausschließung der Politik vielfach gelungen ist. Wenn es uns gelingt, diese erweiterte Communalthätigkeit, die Mitwirkung auch bei den obrigkeitlichen Geschäften auf die ganze Monarchie auszudehnen, dann werden wir, hoffe ich, in wenigen Jahren ein neutrales Gebiet gemeinsamer Thätigkeit geschaffen haben, wie wir es, angegriffen durch politische und kirchenpolitische Kämpfe und Angesichts der von der Socialdemokratie drohenden Gefahren nicht besser wünschen können. Wie sich das Centrum zu diesen Vorlagen stellen wird, kann ich im Augenblick noch nicht übersehen; die beiden großen Parteien aber, die liberale und die conservative, müssen mit der Staatsregierung dahin wirken, das Unfertige und Unterbrochene in dem ganzen Zustande unserer Verwaltungseinrichtungen endlich zum vollen Abschluß zu bringen. Meine Freunde und ich werden an der Lösung dieser Aufgabe, die uns mehrere Sessionen beschäftigen wird, bereitwillig mitarbeiten. (Lebhafter Beifall.)

Abg. v. Rauchhaupt: Zwischen der conservativen und liberalen Partei besteht eine so große Gemeinsamkeit ihrer Ansichten über die Grundzüge der Reorganisation der Landesverwaltung, daß es wunderbar wäre, wenn wir uns nicht über dieselben verständigen sollten. Der Abg. v. Bennigsen hat mit dem Colorit eines Hannoveraners gesprochen, ich werde sprechen aus der Erfahrung, welche die conservative Partei meist hat, weil sie zusammengesetzt ist aus Vertretern der Provinzen, in denen die Kreisordnung von Anfang an in Geltung war, und weil ihre Mitglieder fast ausnahmslos Selbstverwaltungsämter bekleiden. Wir wollen mit den Liberalen gemeinsam: Selbstverwaltung, Decentralisation und Schutz des öffentlichen Rechts in einem geordneten Verfahren. Wir differiren also nur in Nüancirungen. Für uns steht die Frage der Decentralisation nicht wie für den Abg. von Bennigsen nur: Soll der Schwerpunkt der Verwaltung liegen im District oder in der Provinz? sondern wir müssen entscheiden zwischen Kreis, District und Provinz. Das liegt in der verschiedenen historischen Entwickelung Preußens und Hannovers. Die Stein'sche Gesetzgebung setzte über die Entscheidung des einzelnen Landraths die corrigirende Entscheidung des Regierungscollegiums. Das ist ein richtiger Gedanke. Analog setzte die Kreisordnung über den einzelnen Amtsvorsteher zur Ausgleichung der unvermeidlichen Fehler das Collegium des Kreisausschusses. Wir Conservativen acceptiren auch die Vorzüge der auf die Kreisordnung folgenden Gesetzgebung: die Krönung des Gebäudes durch das Oberverwaltungsgericht, die Regelung des Verfahrens und die Vermehrung der Zuständigkeit der Selbstverwaltungsbehörden. Ich hätte gewünscht, der Abg. von Bennigsen hätte seine Diversion gegen das preußische Beamtenthum und sein Widerstreben gegen die Selbstverwaltung nicht gemacht. Wir haben mit Treue versucht, die neue Gesetzgebung durchzuführen. Warum wollen Sie hier die Klagen der Wahlen widerhallen lassen?

Die Führung der nationalliberalen Partei ist ja jetzt eine realpolitische geworden, aber sie war nach 1873 eine viel abstractere, und die Mißstimmung darüber kam aus der Bevölkerung, nicht aus dem Beamtenthum. Wir wollen nun in Frieden mit Ihnen die Mängel dieser abstracten Gesetzgebung abstellen. Handelte es sich nur darum, die Gesetzgebung für die fünf alten Provinzen jetzt zu ändern, so würden wir sagen, die Zeit ist noch zu kurz, in welcher wir genügende Erfahrung sammeln konnten, aber da die Gesetzgebung auf sechs weitere Provinzen ausgedehnt werden soll, so würde die conservative Partei ihre Pflicht verletzen, wenn sie nicht aus ihrer Erfahrung die hervorgetretenen Mängel betonen wollte. Wir werden das objectiv ohne politische Parteirücksichten thun. Die Hauptmängel der jetzigen Gesetzgebung sind nach unserer Meinung hauptsächlich: zu große Vielgestaltigkeit der Behörden, eine systemlose Theilung der Zuständigkeit, zu große Weitläufigkeit und Kostspieligkeit des Verfahrens. Wir erkennen an, daß die Regierungsvorlage in dieser Beziehung viele Verbesserungen enthält, sie zeigt Fleiß und Durcharbeitung der Materie, bringt System in die Casuistik und die Fristbestimmungen. Doch damit ist es nicht abgethan, wir wünschen und hoffen mehr zu erreichen. Die von dem Abg. v. Bennigsen für unannehmbar erklärten Uebergangsbestimmungen werden, da auch das Centrum gegen dieselben ist, nicht zur Annahme gelangen. Nichtsdestoweniger hoffe ich, daß in dieser Session sich die Grundzüge für die Organisation der allgemeinen Landesverwaltung unter den Parteien so weit klären werden, daß auf Grund derselben die Regierung in der nächsten Session in Verbindung mit der Kreis- und Provinzialordnung für die neuen Provinzen eine Vorlage machen kann, der dann auch ohne Weiteres die formelle Genehmigung des Hauses ertheilt werden wird.

Wir wünschen mit dem Abg. v. Bennigsen eine Vereinigung der Schluß- und erkennenden Behörden in den unteren Instanzen, weil wir eine Trennung der Fragen der Zweckmäßigkeit und der Rechtmäßigkeit in der Verwaltung für unmöglich halten. Dadurch, daß Sie in den unteren erkennenden Instanzen das Laienelement in die Majorität gebracht haben, haben Sie selbst das Hauptgewicht weniger auf die Rechtmäßigkeit, als auf die Zweckmäßigkeit der Entscheidung gelegt. Eine wirkliche Verwaltungsjustiz kann nur von Beamten geübt werden. Dadurch, daß Sie den Regierungspräsidenten in dem Bezirksverwaltungsgericht nicht zum Vorsitzenden gemacht haben, zerstörten Sie die erziehliche Wirkung, welche das geschulte Beamtenthum auf das Laienelement durch Vertretung der Einheit der Staatsidee üben sollte. Diesem auf manchen Seiten dieses Hauses politisch so verhaßten Regierungspräsidenten haben Sie überhaupt eine falsche Position angewiesen. Während Sie ihn einerseits zum Wächter über die Rechtmäßigkeit der Beschlüsse des Bezirksverwaltungsgerichts gemacht und ihn so über dasselbe gestellt haben, indem Sie ihm ein Berufungsrecht im öffentlichen Interesse gaben, während er bei einer versagten Concession an einen Schauspieler als Verklagter unter diesem Gerichte steht. Ich war von Anfang an von der Unhaltbarkeit der Parallelinstanzen in dem Verfahren gegen Polizeiverfügungen überzeugt, die auch der Abg. v. Bennigsen so scharf kritisirt hat. Dadurch kommt die Obrigkeit in die unangemessene Stellung, daß der Klagende speculirt, bei welcher Behörde er am besten sein Recht erlangt, und bei einer ihm ungünstigen Entscheidung kommt dann die Reue, daß er nicht einen anderen Instanzenzug eingeschlagen hat.

Das Publikum weiß auch nicht mehr, wer seine Obrigkeit ist, wenn ihm nicht in dem Bescheide gleich die zuständige zweite Instanz angegeben wird. Ich kann es auch nicht gut heißen, daß man jetzt eine Reihe von Angelegenheiten der Entscheidung des Kreisausschusses entziehen und sie dem Landrath allein geben will. Die Kreisausschüsse haben sich bewährt, eine Aenderung der Gesetzgebung und Vermehrung der Casuistik ist mißlich. Durch die Parallelinstanzen kommen auch auf dem Beschwerdewege nicht genügend instruirte Sachen an das Oberverwaltungsgericht. Wir wollen also die zweite Instanz einfach construiren, öffentliches mündliches Verfahren einrichten und bestimmen, daß in den unteren Instanzen nur Beweis erhoben werden kann unter Zuziehung der Parteien. Das Oberverwaltungsgericht, das durch seine klaren, keineswegs für die Laien zu breiten Entscheidungen bewiesen hat, daß es seinem Beruf entspricht, soll mit seinen gegenwärtigen Befugnissen beibehalten werden. Gegen diese unsere Haltung wird die Regierung hoffentlich keine Opposition machen. Wir wollen die gesammte Staatsverwaltung auf dem Boden der Kreisordnung, des großen Compromisses aller Parteien, organisiren, aber die Fehler, die eine abstrakte Richtung des Hauses gemacht hat, beseitigen. Darüber müssen wir uns verständigen. (Beifall rechts.)

Abg. v. Meyer (Arnswalde): Ich habe mich von Anfang an gegen die Kreisordnung erklärt, und meine politischen Ansichten sind im Allgemeinen dauerhaft. Freilich stehe ich mit meinen Anschauungen ziemlich einsam und spreche daher nur für meine eigene Rechnung. Die Gesetzgebung der letzten Jahre auf diesem Gebiete ist mir wenig sympathisch, ich lasse aber dabei ganz außer Betracht, ob sie der liberalen oder conservativen Partei zur Last fällt. Trotzdem bin ich überzeugt, daß ich diesen Gesetzen vollständig

objectiv gegenüberstehe; denn ich habe die Kreisordnung als Landrath mit demselben Eifer ausgeführt, wie einer, der sich im höchsten Grade dafür interessirt. Die Kreisordnung war ein Experiment in corpore vili der fünf alten Provinzen, die schon so vieles haben über sich ergehen lassen müssen. Ist das Experiment so gelungen, daß es auf die andern Provinzen übertragen werden kann? Man bejaht diese Frage, weil keine Beschwerden vorliegen. Für mich ist das kein Beweis, denn es ist unglaublich, was sich das Land alles gefallen läßt; ich erinnere nur an das Civilehegesetz, welches das Volk besser verstand, als die Verwaltungsgesetze; trotzdem erhob sich keine Reaction dagegen. Erst jetzt ist es der Parteiagitation gelungen, dieselbe zu erwecken. Acceptirt vom Volke ist die Kreisordnung auf dem Gebiete der Vertretung in Gemeinde, Kreis und Provinz; abgesehen von einigen Fehlern, namentlich der Grenze des Großgrundbesitzes mit 75 Thlrn. Grundsteuer-Reinertrag, ist man mit Beseitigung der alten Stände einverstanden, und dieser Theil der Kreisordnung ist auch auf die anderen Provinzen übertragbar. Acceptirt ist die Kreisordnung auf dem Gebiete der Ortspolizei, dem eigentlichsten Felde der Selbstverwaltung; das dafür verwendete Material widmet sich der ihm gestellten Aufgabe mit der größten Hingebung und wird noch immer besser werden. Besonders aber lassen die damit befaßten Leute ihre Söhne Jurisprudenz studiren, um sie für die Selbstverwaltung vorzubereiten.

Dies letztere ist äußerst erwünscht, denn es giebt die Hoffnung, daß dadurch wieder tüchtige angesessene Landräthe erzogen werden, was ein nicht hoch genug zu schätzender Vorzug ist. Für mich ist das das Allerwichtigste. Dieser Theil der Kreisordnung, fürchte ich, ist nicht übertragbar; es fehlt in den andern Provinzen an den dazu geeigneten Personen. In den westlichen Provinzen wird die Polizei fast durchweg von besoldeten Beamten besorgt; in Hannover allerdings von ganz tüchtigen, in den andern mehr von subalternen. Es werden sich dort schwerlich Leute zur Uebernahme der Amtsvorstehergeschäfte bereit finden lassen; man wird dies besoldeten Beamten überlassen und daher wird man auch keine angesessenen Landwirthe heranziehen. Was nicht acceptirt ist, ist nun die weitere Organisation. Früher hatte man schon zu viel Behörden. Jetzt sind noch fünf neue dazu gekommen: der Kreisausschuß, das Bezirks-, das Oberverwaltungsgericht, der Bezirks- und der Provinzialrath. Da kann sich keiner zurechtfinden; wer den „kleinen Brauchitsch" nicht inne hat, der tappt umher wie einer, der Blindekuh spielt. Wer ihn inne hat, der macht erst drei Instanzen über die Competenz durch, dann drei Instanzen über das Materielle, dann drei über die Kosten und drei über die Ausführung; und wenn er Glück oder Unglück hat, dann wird die Sache von der obersten Instanz vielleicht an eine andere erste Instanz zurückverwiesen, da können leicht 24 Instanzen herauskommen. (Heiterkeit.) Dem gegenüber bricht sich immer mehr die Ansicht im Volke Bahn, daß die alte Institution besser gewesen. Man hätte dieselbe vielleicht mit einigen Aenderungen beibehalten können, indem man den schon einmal gemachten Versuch, Laien daran Theil nehmen zu lassen, wieder aufnahm. Ein Freund schilderte mir das damalige Experiment, indem er sagte, die Laien hätten nichts davon verstanden und hätten dagesessen, wie Butter in der Sonne. (Heiterkeit.)

Jetzt wäre der Versuch vielleicht besser geglückt. Man hat aber dafür die Verwaltungsjustiz eingeführt mit einer für meinen beschränkten Verstand höchst sonderbaren Logik. Die untere Instanz hat man mit der Verwaltung verbunden, die zweite davon getrennt, angeblich coordinirt, in der That aber vorgesetzt; die dritte Instanz steht neben dem Minister, der aber eine weit höhere Macht hat. Früher wurde die Verwaltungsjustiz vom Landrath, vom Regierungspräsidenten und vom Minister geübt, allerdings sehr formlos, aber in sehr wohlthätiger Weise, und vor allen Dingen kostenfrei und rasch wie der Telegraph gegen jetzt (Heiterkeit. Sehr richtig!) Man wirft den damaligen Entscheidungen die Geheime-Raths-Weisheit vor, aber fehlt denn die in den heutigen Erkenntnissen? Das Institut der Verwaltungsgerichte steht dem Volke fremd gegenüber, es ist im Parlament geboren und seit seiner Einrichtung haben sich akademische und bureaukratische Gedanken hier gekreuzt und die heutige Verwaltung zu Stande gebracht. Für mich trägt diese neuere Gesetzgebung den breiten Stempel der parlamentarischen Mache. Daß es damit nicht mehr geht, beweisen die heutigen Vorlagen. Es mögen ja von den Verwaltungsgerichten gegentheilige Berichte eingegangen sein, also von den Juristen; ich habe vor ihnen stets eine hohe Achtung bewiesen, aber sehr viele stellen doch das formale Recht zu sehr über das materielle. Die daraus entstehenden Fehler sollen durch das Laienelement wieder gut gemacht werden, aber formales Recht und Laienelement vertragen sich eben nicht. Wir haben in der Landwirthschaft einen — allerdings, weil er selbstverständlich ist, nicht formulirten Grundsatz, daß man auf einen Boden, der nur Kartoffeln tragen kann, keine Pomeranzen pflanzt. (Heiterkeit.) Dieser Satz ist so unzweifelhaft, daß man ihn auch analog anwenden kann: Auf die Arbeit des Laienelementes soll man keinen so großen Formalismus aufbauen. (Sehr richtig!)

Man weist nun auf den Vorzug der Oeffentlichkeit hin; das ist eine verbrauchte Phrase; man geht doch nur zu großen Criminalsachen mit pikanten Nebenumständen. Bei mir ist zu den Sitzungen des Verwaltungsgerichtes noch kein Mensch erschienen, aber glauben Sie ja nicht, daß es so uninteressant ist; höchstens erscheinen diejenigen, welche eine halbe Stunde später vorgeladen sind und nicht wissen, was sie machen sollen. (Heiterkeit.) Das ist überall so; auch in der Volksvertretung; wenn man erwartet, daß die Parteien unter einander oder der Regierung Annehmlichkeiten sagen werden, dann sind die Tribünen besetzt, sonst ist Alles leer. (Große Heiterkeit.) Die Mündlichkeit ist auch nicht so vortheilhaft. In den fünf Tagen vor meiner Abreise nach hierher habe ich 89 Sachen im contradictorischen Verfahren erledigt, aber nur in zwei Fällen bin ich durch die mündliche Verhandlung zu einer andern Ansicht gekommen, als ich sie auf Grund der Acten gefaßt hatte. In dem einen Falle, wo es sich darum handelte, ob 1 oder 2 Mark Pfandgeld zu zahlen seien, log ein Zeuge so unverschämt, daß wir ihn nicht vereidigen wollten und deshalb unsere Ansicht änderten. In dem andern, einer Schankconcessionssache, wollten wir die Genehmigung wegen mangelnden Bedürfnisses versagen; der Nachsuchende hatte selbst mündliches Verfahren beantragt und sich dazu in einer so bedenklichen Weise vorbereitet, daß im Protokoll steht: Antragsteller befand sich in sehr aufgeregtem Zustande, das heißt auf deutsch: er war betrunken. (Große Heiterkeit.) Dadurch hatten wir nur einen neuen Grund gegen die Genehmigung gefunden; es stand zu befürchten, daß er mit seinem Gewerbe zur Beförderung der Völlerei beitragen würde, wenn nicht bei seinen Gästen, doch bei sich selbst. (Große Heiterkeit.)

Auch in der zweiten Instanz ist das mündliche Verfahren ziemlich theuer. Ich hatte Jemand den Jagdschein versagt, ich muß nach dem Bezirksverwaltungsgericht zur Verhandlung fahren, kostet mich 3 Thaler; ich muß mir eine Nacht um die Ohren schlagen, bekomme dafür keine Diäten: so ist die Mündlichkeit für mich sehr theuer. Es wäre auch sehr interessant, einmal statistisch festzustellen, in welchem Umfange von der Mündlichkeit Gebrauch gemacht wird. Ein Fehler ist es ferner, daß man in dem Verwaltungsgericht zu häufig nach den Grundsätzen des Privatrechts in öffentlichen Angelegenheiten entscheidet. Redner wendet sich nunmehr den Vorlagen zu und begrüßt die Versuche mit Freuden, die Selbstverwaltungsangelegenheiten zu vereinfachen. Im Uebrigen aber sei er ein Gegner der Vorlagen, die für unbedeutende Streitsachen einen viel zu großen Apparat arbeiten ließen. Auch die für die Kreisordnung vorgeschlagenen Aenderungen seien nicht weit genug gehend, namentlich vermisse er eine Bestimmung darüber, daß der Landrath sich die Competenz der Amtsvorsteher in gewissen Fragen aneignen könne. Redner beantragt die Ueberweisung an eine Commission von 28 Mitgliedern, denn es handle sich mehr um eine gründliche Besprechung der Vorlagen, als um deren Fertigstellung, an die wohl Niemand denke.

Abg. v. **Liebermann** führt aus, daß es sich nicht blos darum handeln könne, die alten Provinzen zu einem neuen Versuche zu benutzen, sondern die Selbstverwaltungsgesetze müßten auf die übrigen Provinzen übertragen werden, wo man auch unter den Laien die Elemente finden werde, die sich dazu eigneten. Mit der Reorganisation der Regierungen ist Redner einverstanden. Was dagegen die Aufhebung der Verwaltungsgerichte zweiter Instanz angehe, so werde man es ihm, der Leiter eines solchen sei, nicht verdenken, wenn er sich dagegen ausspreche. Wäre das Institut so verwerflich, wie der Abg. v. Meyer es dargestellt, so würde man es ganz beseitigen können, aber das wolle Niemand. Man wolle es, wenn auch unter anderer Form, fortbestehen lassen. Redner erkennt nun zwar manche vorgetragene Uebelstände an, glaubt aber denselben bedeutende Vortheile gegenüberstellen zu sollen. Jedenfalls müsse aber die Frage ernstlich erwogen werden, ob die Bezirksverwaltungsgerichte in ihrer jetzigen Gestalt auf die anderen Provinzen übertragen werden könnten; er beantragt deshalb ebenfalls Commissionsberathung.

Abg. von **Heeremann** erkennt an, daß die Vorlagen mit außerordentlicher Sorgfalt und Präcision bearbeitet seien und eine leichtere Uebersicht gewährten als die jetzt geltenden Gesetze. Was die vorgeschlagenen Aenderungen der bestehenden Gesetzgebung betreffe, so sei es richtig, daß eine schärfere Begrenzung der einzelnen Materien erfolge, indessen wären die Gesetze doch noch zu kurze Zeit in Geltung, um schon jetzt eine tiefgreifende Aenderung ins Auge zu fassen. So großen Werth er sonst auf die Aeußerungen des Abg. von Meyer, die sich durch große Frische und Offenheit auszeichneten, lege, so könne er doch seiner Ansicht in Betreff des mündlichen Verfahrens nicht beitreten. Die jetzige Selbstverwaltung ist zu complicirt und zu theuer. Der Grund davon ist, daß die Regierung selbst nicht hinreichendes Vertrauen zu der neuen Organisation hatte und nicht genügend viel von ihren bureaukratischen Rechten abgeben wollte, weil sie befürchtete, die Selbstverwaltungskörper könnten auch einmal ihr nicht genehme Ansichten vertreten. Was die neue Organisation der Behörden betrifft, so bin ich zweifelhaft geworden, ob man die Regierungsbezirke und die Regierungspräsidenten beseitigen kann, weil die Provinzen zu groß sind, um vom Oberpräsidenten allein verwaltet zu werden und weil sie keinen homogenen Verwaltungsbezirk bilden. In Betreff der Frage, ob bureaumäßiges oder collegiales Verfahren, glaube ich, daß die Gesetzgebung von 1828 einen glücklichen Griff gethan hat, indem sie die ruhige collegiale Berathung der Regierung zwischen die energische Initiative des Landraths einerseits und des Oberpräsidenten und Ministers andererseits gesetzt hat, so die Vortheile beider Systeme vereinend. Ich halte auch die allzugroße Activität der Verwaltung für die politische Reife des Volkes nicht für zuträglich, dagegen ist die collegiale Berathung außerordentlich förderlich für die Ausbildung der jüngeren Verwaltungsbeamten. Mit Rücksicht auf den Beirath der Selbstverwaltungsbehörden würde ich für die östlichen Provinzen die Aufhebung der Collegialität nicht allzusehr beklagen.

Dagegen kann ich es für die westlichen Provinzen durchaus nicht gutheißen. Die bureaumäßige Verwaltung würde dort die Verhältnisse durchaus nicht bessern, weil dort die hohen Verwaltungsstellen mit sehr aufgeregten Herren besetzt werden. Wir können der jetzigen Regierung zu solchen Veränderungen die Hand nicht bieten, so lange sie den westlichen Provinzen die Selbstverwaltung vorenthält; denn die Entwürfe dazu waren ausgearbeitet, als Herr v. Sybel und der deutsche Verein, der auf Spionage und Denunciation gegründet ist, beim Reichskanzler intervenirte und die Sache niedergeschlagen wurde. Wenn man ganzen Provinzen so das Mißtrauen entgegenbringt, so veranlaßt das Mißtrauen der Bevölkerung gegen die Beamten bis zum Minister hinauf. Im vorigen Jahre hatten wir noch Vertrauen zu dem Minister des Innern; nachdem aber seitdem im Gegensatz zu der Praxis anderer Ressorts gerade in seinem Ressort keinerlei ohne Aenderung der Gesetze mögliche Milderung in der Führung des Culturkampfes eingetreten ist, müssen wir leider bekennen, daß wir uns in diesem Vertrauen getäuscht haben. Die Opposition des Centrums war bisher zu maßvoll und milde (Heiterkeit), deshalb vergißt man so schnell, was man uns gethan, wie neulich der Abg. Rickert in flagranter Weise bewies. Der Abg. Loewe hat sich neulich in großer Erregung über gewisse ihn näher berührende Fragen ausgelassen, weil ein harmloses Wort gefallen war. Wenn seine Glaubensgenossen, die doch das Kapital und die Presse beherrschen, auch Rücksicht gegen uns nehmen würden, dann würden manche Bedenken schwinden, die im Laufe der Zeit sich gegen sie entwickelt haben. Wenn man bedenkt, daß man gegen uns 7 Jahre Gesetze gemacht, die wir niemals bekämpft haben, dann wird der Abg. Loewe gewiß Mitgefühl mit uns haben, zumal diese Gesetze nicht nach seinem Sinne sind.

Seine Glaubensgenossen werden auch nicht wie wir nur um ihrer religiösen Auffassungen willen verfolgt. Uns hat man Jahre lang jegliches Recht genommen, uns als Staatsfeinde mit großen Verbrechern in Beziehung gebracht, unsere staatsrechtlich und völkerrechtlich garantirten Rechte aufgehoben, den Krieg gegen Rom proclamirt. Katholische Beamte hat man als unehrlich beseitigt. So lange diese unsere Beschwerden nicht abgestellt werden, haben wir keinen Grund, dieser Regierung einen weiteren Schritt zur Organisation des Staates zu gestatten. Bis zur Beendigung des Culturkampfes will der Westen keine Gesetzesänderung und zieht die Bureaukratie einer Selbstverwaltung vor, die keine ist. Eine Selbstverwaltung für den Westen muß anknüpfen an frühere Verhältnisse und die freie Wählbarkeit der Amtmänner und Bürgermeister bestimmen. Sie darf nicht mit der Spitze anfangen, sondern muß aufgebaut werden auf einer Kreisordnung und einer Gemeindeordnung. (Beifall im Centrum.)

Ein Vertagungsantrag wird angenommen. Persönlich bemerkt Abgeordneter v. **Sybel**: Der Vorredner habe alte bekannte injuriöse Behauptungen wiederholt. (Der **Präsident** rügt den Ausdruck „injuriös" als unparlamentarisch.) Die Entscheidungsgründe des ehemaligen Bonner Landgerichts im Proceß Konitzer, auf welche diese Behauptung basire, seien ohne den Schatten eines Beweises und unverantwortlich. Konitzer habe selbst in einer Broschüre erklärt, er habe vom Vorstande des deutschen Vereins nur den Auftrag gehabt, die Gesinnung der Vereinsgenossen in Bezug auf die Einführung der Kreisordnung in der Rheinprovinz zu erforschen. Weiteres habe auch das dem Gerichte zu Gebote stehende Beweismaterial nicht ergeben. Demnach sei jede Behauptung, daß der deutsche Verein auf Spione und Denunciation gegründet sei, eine grobe Lüge.

Abg. v. **Heereman** hält seine Behauptungen aufrecht und erbietet sich dieselben zu beweisen.

Schluß 4¼ Uhr. Nächste Sitzung **Mittwoch** 11 Uhr. (Fortsetzung der heutigen Debatte.)

Berlin, 13. Januar. [**Amtliches.**] Se. Majestät der König hat den Gerichts-Assessor **Gerstenberg** in Halle a. S. zum Amtsrichter in Bärwalde in Pommern ernannt, sowie dem Rechtsanwalt und Notar **Zimmermann** zu Steinau im Regierungsbezirk Kassel aus Anlaß seines Dienst-Jubiläums den Charakter als Justizrath verliehen.

Dem Kaiserlichen Consul in Port Elizabeth (Afrika), **Heinrich Schabbel**, ist auf sein Ansuchen die Entlassung aus dem Reichsdienste ertheilt worden.

Berlin, 13. Jan. [**Se. Majestät der Kaiser und König**] hörte heute Vormittag den Vortrag des Polizeipräsidenten v. Madai, arbeitete darauf mit dem Chef der Admiralität, Staatsminister von Stosch, im Beisein des Chefs des Militär-Cabinets, General-Lieutenants von Albedyll, und alsdann mit dem Letzteren längere Zeit allein. Um 1½ Uhr wurde der Oberst-Kämmerer Graf von Redern empfangen.

[**Ihre Majestät die Kaiserin und Königin**] besichtigte gestern unter Leitung Sr. Kaiserlichen und Königlichen Hoheit des Kronprinzen die neu erworbenen Kunstschätze des Königl. Museums und der Nationalgallerie. (R.-Anz.)

= **Berlin**, 13. Jan. [**Der nächstjährige Militär-Etat. — Die neue Abtheilung des Auswärtigen Amtes.**] Frühere Mittheilungen, nach denen der nächstjährige Etat für das Reich wenig oder gar keine Abweichungen von seinem Vorgänger haben würde, sind bereits durch den Etat für das auswärtige Amt widerlegt. Es dürfte dies noch in höherem Grade durch den Militär-Etat geschehen. Bis jetzt war nur bekannt geworden, daß erhöhte Forderungen in letzterem in sehr beschränktem Umfange erscheinen und sich lediglich auf die hohen Futterpreise beziehen würden; seit etlichen Tagen spricht man indessen ziemlich ohne Scheu von weit größeren Etatsforderungen der Militärverwaltung, welche sich auf erweiterte Heereseinrichtungen, namentlich auf Artillerie, beziehen sollen. Die Pläne einer Vermehrung der Artillerie sind bekanntlich älteren Datums, man glaubte aber ihre Ausführung noch vertagen zu können. Nach der wiederholt erwähnten Vermehrung der Infanterie-Divisionen durch Bildung neuer Landwehr-Regimenter ist ohnehin der jetzige Bestand der Artillerie den Verhältnissen nicht mehr entsprechend; dazu kommen die in den Nachbarstaaten bezüglich dieser Waffe erfolgten Formationen, mit denen man doch gleichen Schritt zu halten wünscht. Diese oder ähnliche Erwägungen dürften den bezüglichen Etatsforderungen zu Grunde liegen. Jedenfalls würden derartige Forderungen sehr eingehende Debatten, welche die politischen Fragen betreffen, hervorrufen, und es bleibt nur zu wünschen, daß der Reichskanzler persönlich dem Reichstage in dieser Beziehungen Eröffnungen macht. — Der Etat für den Rechnungshof und der Etat für den Reichskanzler und die Reichskanzlei weisen nur ganz unerhebliche Veränderungen nach. Bei letzterem ist eine Vermehrung des etatsmäßigen Personals unerläßlich gewesen, da „der über alle Voraussicht zunehmende Geschäftsumfang bei der Reichskanzlei wiederholt die zeitweise Heranziehung von Hilfskräften aus dem Reichskanzleramt ꝛc. erforderlich gemacht hat". Aus dem Etat für das Auswärtige Amt ist noch folgendes nachzutragen: „Der sich immer mehr erweiternde Geschäftskreis des Auswärt. Amts und die Nothwendigkeit, den Staatssecretär von der bisherigen geschäftlichen Ueberbürdung zu entlasten und ihn in der Erfüllung seiner eigentlichen Aufgabe: der Leitung der gesammten Geschäfte des Auswärtigen Amtes nicht ohne zwingenden Grund zu beeinträchtigen, hat schon zu Anfang des Jahres 1879 zur Errichtung einer neuen Abtheilung im Auswärtigen Amte geführt. Dieser Abtheilung sind diejenigen Angelegenheiten zur Erledigung überwiesen worden, welche bis dahin in der — von dem Staatssecretär unmittelbar geleiteten — ersten Abtheilung außer den politischen Angelegenheiten bearbeitet worden waren. Es sind dies: die Personalien, die Generalien, die Ordenssachen, die Ceremonial- und Etikettensachen, die Angelegenheiten, welche sich auf Kirchen und Schulen im Auslande, sowie auf Kunst und Wissenschaft beziehen; ferner die sämmtlichen Etats- und Kassensachen, einschl. des Abrechnungswesens mit den Gesandtschaften und Consulaten, der Beantwortung der Erinnerungen des Rechnungshofes und der dem Auswärtigen Amte zugehenden überaus zahlreichen Immediat-Unterstützungsgesuche u. s. w. Die neue Abtheilung wird von einem der älteren vortragenden Räthe in der Eigenschaft eines Dirigenten geleitet, welchem zur Bearbeitung der obengedachten Geschäfte zwei vortragende Räthe, zwei ständige Hilfsarbeiter, zwei Geheime expedirende Secretäre, zwei Hilfsexpedienten und sechs Calculatoren überwiesen sind. Die Zahl der in dieser Abtheilung bearbeiteten Sachen wird sich im Jahre 1879 auf fast 15,000 belaufen." Von einer besonderen Directorstelle ist bis jetzt Abstand genommen, dagegen dem mit der Leitung jener Abtheilung beauftragten vortragenden Rathe eine Gehaltserhöhung von 1500 M. zugewendet worden.

□ **Berlin**, 13. Jan. [**Der erste Debattentag der Verwaltungsgesetze.**] Die gespannten Erwartungen, welche man außerhalb des Abgeordnetenhauses an die Generaldebatte über die Verwaltungsreformvorlagen knüpfte, sind insoweit erfüllt worden, als die meisten Parteien durch ihre Hauptredner zu den Gesetzentwürfen Stellung genommen haben. Damit bestätigte sich nur, was wir an dieser Stelle zu melden bereits Gelegenheit hatten. Indessen ist damit nicht gesagt, daß die Frage der Nachsession schon eine abgeschlossene sei. Der Minister das Innern erklärte in privaten Unterredungen mit hervorragenden Mitgliedern des Hauses, daß das Staatsministerium in seiner gestrigen Sitzung principiell einer Nachsession und der Ueberweisung der Vorlagen an eine Zwischencommission zugestimmt habe. Graf Eulenburg hat jedoch in der heutigen Sitzung nichts von diesem Beschlusse verlautbaren lassen, obwohl er von dem Führer der Conservativen hierzu provocirt wurde. Abg. von Rauchhaupt meinte, daß es in dieser Session noch nicht darauf ankommen werde, die Vorlage zur Beschlußfassung des Hauses zu bringen, sondern nur der Regierung die Grundlagen zu bieten, worauf sie in der nächsten Session einen neuen Entwurf aufzubauen haben werde, wenn sie zugleich an die weitere Ausdehnung der Kreis- und Provinzialordnung gehe. Das Centrum, welches geschlossen gegen die Vorlage eintrat, erklärte sich in ähnlichem Sinne, und die Fortschrittspartei, für welche morgen der Abg. Eugen Richter das Wort ergreifen wird, nimmt denselben Standpunkt an. Die Nationalliberalen, deren Redner der Abg. von Bennigsen war, haben ihr Verhalten zur Frage der Nachsession in der heutigen Sitzung noch nicht präcisirt. Doch hören wir, daß sie die Entscheidung darüber von den Verhandlungen abhängig machen, die in der Commission mit den Vertretern der Regierung gepflogen werden. Was die Rede des Abgeordneten von Bennigsen anlangt, so gehörte sie zu den bedeutendsten dieses hervorragenden Parlamentariers. Jedenfalls hat sie das Verdienst, die Intentionen der Nationalliberalen mit Freimuth klar darzulegen. Dies manifestirte sich schon in dem Ausspruche des Redners, daß die liberale Partei bereit sei, die Regierung in ihrem Bestreben nach Ausgleichung der unfertigen Zustände zu unterstützen, trotz der starken Spannung, welche die Vorgänge bei den letzten Wahlen zwischen der Staatsregierung und den gemäßigt Liberalen hervorgerufen haben. Man müßte an eine Reproduction des Parlamentsberichts gehen, auf den wir verweisen, wollte man die leitenden Gesichtspunkte der Rede hervorheben. Jedenfalls hat die Regierung einen Anhaltspunkt gewonnen, wie die Umarbeitung der Vorlage in der Commission vorzunehmen sein wird. Denn es steht außer Zweifel, daß zahlreiche Amendements aus dem Schooße aller Parteien hervorgehen werden, diejenigen mit eingeschlossen, auf welche sich die Regierung sonst stützt. Auf die Ultramontanen wird Graf Eulenburg am wenigsten rechnen können, wie heute ihr Wortführer, Abgeordneter von Heeremann, dargethan. Er ließ häufig genug in seiner Kritik durchblicken, daß es sich nicht um ein bloßes on dit handle, wenn die Clericalen behaupten, daß Graf Eulenburg im Ministerrathe zu den entschiedensten Culturkämpfern zähle. Selbstverständlich fehlte in der Rede des Abg. v. Heereman nicht das Echo der Schmerzensrufe seiner Fraction, und die Abgg. Rickert, Löwe (Berlin), von Sybel sollten ihm als Blitzableiter ihrer Parteien dienen. Aber der Blitz nahm bei Letzterem eine umgekehrte Richtung. Der schwere Vorwurf des clericalen Redners, daß der vom Abg. v. Sybel gegründete deutsche Verein in den Rheinlanden Spionage und Denunciation zu seiner Aufgabe mache, wurde vom Abg. v. Sybel in einer persönlichen Bemerkung unter großer Aufregung des Hauses als Lüge und Verleumdung zurückgewiesen.

[**Marine.**] S. M. Kanonenboot „Albatroß", 4 Geschütze, Commandant Corv.-Capt. Mensing I., hat am 22. November 1879 von Sidney die Heimreise angetreten. — S. M. gedeckte Corvette „Bismarck", 16 Geschütze, Commandant Corv.-Capt. Deinhard, ist am 3. October 1879 von Sidney in See gegangen, ankerte am 23. im Hafen von Tongatabu, verließ diesen Hafen am 29. October, traf am 1. November in Apia ein, ging am 6. in See und erreichte am 10. November den Hafen von Levuka. — Von S. M. Glattdeckscorvette „Luise", 8 Geschütze, Commandant Corv.-Capt. Schering, sind Nachrichten d. d. Shanghai, den 27. November 1879, eingegangen. — S. M. Kanonenboot „Nautilus", 4 Geschütze, Commandant Corv.-Capitain Chüden, ist am 15. November v. J. von Sidney nach Apia in See gegangen. — S. M. Kanonenboot „Wolf", 4 Geschütze, Commandant Corv.-Capt. Becks, ist am 27. November v. J. von Shanghai nach Chefoo in See gegangen.

[**Die Verordnung zur Verhütung des Zusammenstoßens der Schiffe auf See** vom 7. Januar 1880] wird im heutigen „Reichsanzeiger" publicirt.

[**Verbote auf Grund des Socialistengesetzes**] die von Wilhelm Hasenclever in Leipzig redigirte und verlegte, in der Genossenschafts-Buchdruckerei gedruckte periodische Zeitschrift „Das Lämplein".

Schweiz.

Zürich, 9. Jan. [**Eine Sylvesterbetrachtung.**] Dem „Bund" entnehmen wir folgende Stellen einer bemerkenswerthen Sylvesterbetrachtung. „Das Jahr, von dem wir heute Abschied nehmen, hat uns mehr Dornen als Rosen auf den Pfad gestreut. Zwar blieb die Menschheit wenigstens in unserm Welttheil verschont von der Geißel des männermordenden Krieges. Wenn aber auch die Völker nicht direct vom Gebrüll der Kanonen auf blutdampfenden Schlachtfeldern in Angst und schreckenvoller Spannung gehalten wurden, so litten sie doch schwer genug unter dem Drucke des bis an die Zähne bewaffneten Friedens. Die Rüstungen im Frieden für den Krieg haben nachgerade seit der Durchführung des Princips der allgemeinen Wehrpflicht auch in den großen europäischen Militärmonarchien Dimensionen angenommen, welche auf die Dauer von den Völkern nicht ertragen werden können. Die Militärbudgets der Großstaaten sind in den letzten Jahrzehnten gewaltig angeschwollen; Unsummen von ökonomischen Werthen werden alljährlich vom Phan-

tom der steten Kriegsbereitschaft verschlungen und gehen für die wirthschaftliche Production nutzlos verloren. Das Interesse der Selbsterhaltung zwingt auch die kleinen auf die Defensive angewiesenen Staaten, wenigstens bis auf einen gewissen Grad mit den Militärausgaben der großen Nachbarstaaten Schritt zu halten. Der Alp des modernen Militarismus liegt mit erdrückender Wucht auf der gesammten alten Welt und macht derselben die Concurrenz mit dem neuen Welttheil jenseits des Oceans, der sich von diesen Fesseln frei zu halten gewußt hat, auf die Dauer zur physischen Unmöglichkeit. Wir wagen nicht zu hoffen, daß das neue Jahr uns in dieser Richtung eine fühlbare Erleichterung bringen werde. Der bewaffnete Friede, der das Mark der Völker verzehrt, ist in Europa zum System geworden, das mit seiner eisernen Consequenz alle Verhältnisse und auch den Willen der Staatsmänner beherrscht und eine Grenze und Schranke nur finden wird an der materiellen Insolvenz der Staaten und Völker." Der Artikel schließt: „Immerhin fliegen wir auf den Flügeln der Hoffnung dem neuen Jahr entgegen. Täuscht uns dann die rauhe Wirklichkeit, so sind wir ihm doch dankbar für die Illusion, die uns wenigstens momentan auch glücklich gemacht hat. Neben der Hoffnung steht uns am Jahreswechsel noch ein Bild tröstend oder wenigstens beruhigend zur Seite, — die Resignation. Wir haben eine Zeit hinter uns, die alle unsere Erwartungen auf ein Minimum herabgestimmt hat. Es ist nachgerade auf allen Lebensgebieten so schlimm geworden, daß es schlimmer nicht mehr werden und nach dem natürlichen Lauf der Dinge nur noch Besseres in Aussicht stehen kann. Das Jahr 1879 hat uns wahrlich nicht verwöhnt. Um so dankbarer werden wir dem Jahr 1880 sein für jede Blume und jede Frucht, die es uns auf den Pfad streut." — Gestatten Sie Ihrem Correspondenten, hieran einige Bemerkungen zu knüpfen. Es sind eigentlich kaum drei Staaten in Europa schuld, daß ihre Erdtheil in Waffen starrt: Frankreich, Rußland und vielleicht Italien. Letzteres Land hätte genug mit sich selbst zu schaffen, ohne der paar Streifen Irredenta zu bedürfen; übrigens fällt es außer Betracht, da es allein zu schwach ist, um den Frieden Oesterreichs oder anderer Nachbaren zu stören. Auch Rußland hätte überreichlich Grund, sich mit Eroberungen im Innern seines riesigen Erdtheils zu begnügen, statt seine unselige Trommelsucht zu pflegen und immer weiter hinaus zu streben. So lange es nach Osten sich ausdehnt, bildet es für Europa kaum eine Gefahr und mag sich mit England allein abfinden. Wollte es sich aber etwa an Deutschland reiben, weil dieses sehr unschuldig daran ist, daß der Friede von San Stefano nicht in Kraft trat, so könnte es die Gefahr eines solchen Versuches nicht ohne eine Allianz mit Frankreich laufen, und die wird nicht so leicht zu haben sein, sintemal Deutschland und Oesterreich-Ungarn als verbündete Mitteleuropa recht unangenehm dazwischen stehen. Auch England würde nimmer zugeben, daß Rußland indirect Anstalt träfe, sich den „Schlüssel seines Hauses" zu holen, welcher für ganz Europa der echteste Dietrich wäre. Schließlich bleibt doch nur Frankreich als alleinige wahre Ursache des bewaffneten Friedens übrig. Wenn es im Rückblick auf seine Geschichte der letzten vier Jahrhunderte in sich ginge und für immer auf den Wiedergewinn des einst übel erworbenen Elsaß-Lothringens verzichtete, ohne welches es noch immer groß und stark genug bleibt, so würde es keineswegs der kolossalen Vergrößerung seiner Militärkräfte bedürfen, welche es sich seit 1871 beigelegt hat. Denn keine Seele in Europa denkt daran, einen Angriff auf Frankreich zu machen. Zu guterletzt sind wir aber doch der Ansicht, daß auch trotz der zweifelhaften Zukunftsgedanken seiner westlichen Nachbaren Deutschland, die erste Militärmacht Europas, ohne Gefährdung seiner Sicherheit und seines Bestandes das erste Zeichen zu etwelcher Abrüstung geben könnte. Seine klassische Militärorganisation befähigt es ja doch, jederzeit rasch auf dem Plan zu erscheinen und Jedermann seinen Mann zu stehen. Durch das gute Beispiel würde sich Deutschland zum Wohlthäter ganz Europas aufschwingen und dessen vollen Dank erwerben, da es in der Abrüstung sicherlich (? D. Red.) bereitwillige Nachfolger fände.

Frankreich.

⊙ **Paris**, 11. Jan. [Eine Wendung Rochefort's. — Zum Regierungsmanifest. — Der Botschafterposten in Berlin. — Die Tarifcampagne. — Die Epuration der Beamten. — Der „Rappel".] Ein Wunder ist geschehen: Rochefort ist in die Redaction des relativ sehr gemäßigten „Rappel" eingetreten, wo er wahrscheinlich an die Stelle des jungen Pelletan tritt, der seinerseits in dem zu erscheinenden Blatte Clémenceau's „la Justice" leitartikeln wird. Das ist mehr als ein einfacher Redacteurwechsel, es liegt ein tiefer Sinn in dieser Volte face von Rochefort, die ganz einfach besagt: Ich habe es satt, die Republik zu bekämpfen, die mir doch nicht so viel zu ihrer Gründung beigetragen, blos „weil nicht alle meine Blüthenträume reiften". Sie besagt aber noch weit mehr: sie bekundet eine tiefe Spaltung in den Reihen der Anhänger der Commune; Alles, was ehrenhaft unter den leitenden Elementen dieser furchtbaren Epoche ist, will seinen Frieden mit der republikanischen Regierung machen, sie amnestiren, wie ein geistreicher Pariser mit scherzend bemerkte. Daß Pelletan in's Lager des als ultraradical sich geberdenden Clémenceau übergegangen, kann eher für ein Symptom gelten, daß der radicale Deputirte von Montmartre gelindere Saiten aufzuziehen sich bemüht, da seine letzte parlamentarische Campagne einen sehr unglücklichen Ausgang für ihn genommen. Kurz zusammengefaßt liegt in diesen Vorgängen eine verschämte Waffenstreckung der ehrlichen Communeanhänger und mit den übrigen wird man wenig Federlesens machen. Durch die am 15. d. erscheinende „Justice" Clémenceau's und „Reveil social" von Louis Blanc wird der rothe Radicalismus in der erklecklichen Anzahl von sechs Organen aufmarschiren, die selbstverständlich je eine verschiedene Schattirung des socialistischen Glaubensbekenntnisses repräsentiren und sich gegenseitig in Extravaganzen werden überbieten müssen, um den Theil der Leserwelt, der noch an Panacéen glaubt, zu sich heranzuziehen. Viele Köche versalzen die Suppe und wenn diese Suppe versalzen wird, ist das Unglück nicht so groß. Es begreift sich nach dem Vorausgeschickten, daß die Amnestiefrage dem neuen Ministerium nicht mehr sehr bange macht. — Ueber dessen Programm, oder vielmehr darüber, was von diesem Programme bei der Eröffnungssitzung verrathen werden soll, kreuzen wieder einmal die verschiedensten Gerüchte. Die einen behaupten, es sei fix und fertig und werde in seiner gegenwärtigen Gestalt der Kammer unterbreitet werden; Andere, Freycinet sei wohl mit der Abfassung des Regierungsmanifestes betraut, werde es aber erst nächsten Montag seinen Collegen zur Schlußberathung vorlegen und Dinstag kaum einige Stunden vor Eröffnung der Session in einem von Grévy präsidirten Ministerrathe erst über die endgiltige Textirung entscheiden. Eine dritte Ansicht geht aber dahin, Freycinet wolle die Rückkehr der meisten Deputirten abwarten, mit den Führern der verschiedenen Gruppen conferiren, das Terrain sondiren, sich darüber klar werden, für welches Regierungsprogramm eine compacte, zuverlässige Majorität zu finden sei und dieses Programm von der Tribüne herab an den Leitfaden der Regierung verkünden. Wir neigen dieser letzteren Ansicht zu. — Es ist noch immer nicht bestimmt, wer eigentlich endgiltig den Botschafterposten in Berlin erhält. Neuerdings wird hier mit großer Bestimmtheit behauptet, Challemel-Lacour sei der eigentliche Candidat, habe aber aus zwei Gründen noch nicht definitiv acceptirt, erstens weil er die Entscheidung Saint-Valliers abwarten wolle, zweitens weil er es gern sähe, daß die Kammer zu der friedlichen auswärtigen Politik des neuen Cabinets ihr zustimmendes Verdict gegeben, um in Berlin mit größerer Sicherheit als der Träger dieser Politik auftreten zu können. Warten wir ab. — Das Gros der Nation, das producirende und consumirende Frankreich, interessirt sich vielmehr als für die auswärtige und selbst für die innere Politik Frankreichs für die Tarifcampagne, die bekanntlich schon mit dem 19. d. Mts. ihren Anfang nehmen soll. Vier Tarife: der von 1790, der der Handelsverträge von 1860, der Generaltarif, wie ihn die Regierung vorgeschlagen, und endlich der vierte, der aus den Berathungen der Commission hervorgegangen. Nun enthält jeder dieser Tarife Bestimmungen über 1500 Artikel, bezüglich welcher, oder mindestens einzelner unter ihnen fast jeder Deputirte wird sein Licht leuchten lassen wollen. Welche Redefluth! Uebrigens ist der Ausgang des Kampfes nicht schwer vorherzusehen. Wie es unter einem demokratischen Regime natürlich, werden die Interessen der Mehrzahl der Consumenten den Sieg davontragen, wird der Freihandel triumphiren. Die Regierung dürfte für ihre liberale Auffassung selbst dann der Majorität gewiß sein, wenn einige Republikaner, die Vortheile ihrer Region höher stellend als die der Gesammtheit, mit den Protectionisten stimmen sollten; denn in diesem Falle ist man der Bonapartisten gewiß. — Die von dem General Farre vorgenommene ungeheure Säuberungsarbeit begegnet selbstverständlich der größten Entrüstung unserer Revolutionäre, ist aber dafür der Zustimmung unserer Nation gewiß. Diese Epuration beleckt übrigens auch sehr stark die bis jetzt etwa unberührt gebliebenen Ministerien, so das Ministerium des Innern, wo Camescasse an die Stelle des Herrn Crisenoy die administrative und Departemental-Direction übernimmt, während Rousseau Normand in der Buchhaltung dieses Ministeriums ersetzt. Diese Mutationen, ebenso wie die im Kriegsministerium vorgenommenen sollen schon heute im „Amtsblatte" figuriren. — Im heutigen „Rappel" erscheint der erste Artikel von Rochefort. Am 15. beginnt im „Rappel" ein Roman von demselben unter dem Titel „Der Stallknecht" (Le Palefrénier).

Großbritannien.

A. C. London, 9. Jan. [Lord Derby] wohnte gestern Abend dem vertagten Jahresmeeting der Huddersfielder Handelskammer bei. In seiner Ansprache an die Versammlung über die Lage und Aussichten des britischen Handels bemerkte der edle Lord, daß unsere industrielle Lage im gegenwärtigen Augenblick zwar eine unbefriedigende sei, jedoch aus zwei Gründen in einem milderen Lichte erscheine. Die englische Nation leide nicht allein und sei nicht schlimmer daran als ihre Nachbarn; und wahrscheinlich habe zu keiner Zeit eine industrielle Krisis weniger acute Leiden unter den ärmeren Klassen herbeigeführt. Die Krisis habe drei Fragen aufgerührt: 1) Ob wir reicher würden oder verarmten; 2) in wie weit der auswärtige Handel den Gesammtverdienst der Nation beeinflusse; und 3) ob der auswärtige Handel wirklich abnehme oder nur momentan gestört sei? Er glaube, die Meinung des Landes sei eine düsterere, als es die Umstände und Verhältnisse rechtfertigten. Betrachte man die Einnahmen als Ganzes, so zeige sich deutlich eine Zunahme; es handle sich einfach um einen Stillstand eines beharrlich wachsenden Gedeihens. Ein Hemmniß, und kein Verlust. Die Colonien hätten es mit dem Schutzzoll versucht, was mit einem Fiasco enden werde und nicht erschrecken könne. Dagegen sollten Versuche gemacht werden, die Vergeudungen an Capital und Arbeit zu vermeiden, welche durch beständig wiederholte Conflicte unter den beiden entstehen; dies würde ohne Zweifel einen bessern Stand der Dinge herbeiführen.

[Erklärung Chamberlain's.] Bei einem gestern Abend abgehaltenen Meeting in Verbindung mit dem liberalen Verein in Birmingham erklärte das Parlamentsmitglied Chamberlain, daß die allgemeinen Wahlen sich um die auswärtige Politik der Regierung drehen würden. In Bezug auf diese Politik meinte Redner, habe die Regierung auch nicht ein einziges der Ziele erreicht, die sie sich gesteckt, noch werde ihr dies je gelingen. Jene Politik sei kaum drei Jahre alt, und kein Monat vergehe, ohne eine neue Ernte von Besorgnissen, ein neues Unglück oder einen neuen Beweis von dem handgreiflichen Fiasco irgend eines Projects dieser Administration. Nach den Resultaten beurtheilt, habe die Regierung ihr eigenes Urtheil gesprochen. Die Unfälle des Cabinets glichen Novellen in Pfennig-Journalen, wobei es stets heißt „Fortsetzung folgt in nächster Nummer."

[Die Verhältnisse in Transvaal.] Die „Times" glaubt die Mittheilung, daß der Präsident des Boers-Comites in Transvaal unter der Anklage des Hochverraths verhaftet worden, als einen Beweis für den endgiltigen Beschluß Sir Garnet Wolseley's oder seines Nachfolgers betrachten zu müssen, die durch die Annexion übernommene Autorität ohne Vorbehalt aufrecht zu erhalten. Es fehle nicht an besten Gründen, daß jeder andere Ausweg unpraktisch sein würde. Es müsse allerdings anerkannt werden, daß die Majorität der Boers und voraussichtlich die Majorität der weißen Bevölkerung der britischen Herrschaft abgeneigt seien. Es widerstehe den Gefühlen Englands, den Willen eines feindselig gesinnten Volkes durch die äußerste Maßregel einer Annexion umzustoßen; allein die Frage sei eine überaus verwickelte, da es sich hier durchaus nicht um einen wirklich unabhängigen Staat handle, wie hier und dort irrthümlich angenommen werde. Die Unabhängigkeit der Transvaal sei längst ein todter Buchstabe gewesen, so daß es sich für England nur noch um die Frage handle, ob es das Transvaal im eigenen und zugleich im Interesse der Boers verwalten soll oder nicht. Die Boers klagten, das man ihnen ihre Regierung genommen habe. England habe ihnen aber nichts genommen, sondern eine Regierung gegeben; es fehle nicht an Anzeichen, daß die Boers sich nicht so sehr gegen die englische, sondern überhaupt gegen jede Regierung sträuben. England habe auf eigene Kosten und mit einem Opfer von Menschenleben, vor welchen die Boers zurückschreckten, dieselben von einem Häuptlinge befreit, den sie im Uebermuth herausgefordert hatten, und der ganzen Grenze den Frieden gesichert, und nun verlangten die Boers, daß man sie in ihre frühere Stellung einsetze.

[Militär-Wochenblatt.] Herrfahrdt, Oberstlt. und Commandeur des 2. Westfäl. Feld-Art.-Regts. Nr. 22, mit Pens. zur Disp. gestellt. Bartsch, Intend.-Secretar.-Assist. vom XIV. Armeecorps, zum VI. Armeecorps versetzt. Eckard, Intend.-Secretär vom VI., zum II. Armeecorps, Hilliges, Intend.-Secretär vom II., zum VI. Armeecorps versetzt.

Handel, Industrie &c.

Berlin, 13. Jan. [Börse.] Die Börse betrachtet die Ursachen, welche sie in der vorigen Woche zu einer matten Haltung veranlaßt, als im Wesentlichen beseitigt und fühlt sich bereits wieder soweit gefestigt, um selbst bei der entgegengesetzten Haltung der auswärtigen Börsen eine günstige Stimmung zu entwickeln. Obgleich die Meldungen über den Schluß der gestrigen auswärtigen Börsen im Ganzen wenig animirend lauteten, zeigte die hiesige Speculation im heutigen Verkehre von vornherein eine sehr feste Tendenz, die auch dem weiteren Verkehre, von vorübergehenden Abschwächungen abgesehen, erhalten blieb. Zu Beginn der Börse entwickelte sich das Geschäft am lebhaftesten auf dem Montanmarkte; nachdem dann zunächst der Verkehr etwas reservirter geworden, kam von Neuem die animirte Stimmung zum Durchbruch, die sich nun auch auf den internationalen Markt übertrug, auf dem heute Lombarden unter fürs Erste ganz unbestimmt auftretenden Gerüchten ein besonderes Interesse auf sich zogen. Auch für speculative Bahnen war günstige Meinung vorhanden. Gegen Schluß der Börse wurde die Abschwächung auch heute intensiver. Es notiren auf dem localen Speculationsmarkte Dortmunder Stamm-Prioritäten 114—113⅛—114⅛ bis 112⅛, Laura 129—128¼—129⅛—128¼, Disconto-Commandit 189,25 bis 8,50—89—8,50. Von speculativen Bahnen notiren wir per ult. Köln. 143,60, Rheinische 152—10, do. junge 145,90, Bergische 93,20, Friedrich-Franz. 129, Rumänier 43,75—90, Galizier 109,90—110,75, Oberschlesische 173,75—173. Die Haltung von Rumänen hatte sich mit der Gesammtstimmung der Börse wieder gebessert. Auf dem internationalen Markte wurden Lombarden in großen Posten umgesetzt, man führte an, daß die Südbahn für 1879 ein günstiges Erträgniß erzielt habe, welches eine Vergrößerung des Reservefonds gestatten werde. Späterhin meldeten aus Wien hier eingetroffene Banquiersdepeschen, daß der österreichischen Südbahn die von ihr beantragte fernere Steuerfreiheit gewährt worden sei. Es notiren Lomb. 147—50, Credit 515—13, Franzosen 472—69⅛. Oesterreichisch-ungarische Staatsanleihen waren fest, aber von der Speculation wenig beachtet. Russische Werthe lagen schwach, Rubel notiren per ult. 211⅛—211¼, Vorpr. 212⅛/1, per Feb. 211¾—211⅛, Vorpr. 213½/2. Auf dem Anlagemarkte verkehrten deutsche Fonds zu im Ganzen unveränderten Coursen, Krupp'sche 5%ige Anleihe war beliebt. Auch die im Umtausch für die gekündigten Eisenbahn-Prioritäten zur Ausgabe gelangenden Scribs (Interimsscheine) auf Consols wurden lebhaft zum Course von 97 gehandelt. Deutsche Priorit. zeigten heut ein schwächeres Geschäft als an den letzten Tagen. Oesterreichische Prioritäten fest, aber still. Ungar. Ostbahn I. höher. Auch für russische Prioritäten war heute ziemlich gute Meinung vorhanden. Auf dem Cassamarkte herrschte für Bahnen gute Stimmung und zum Theil lebhafte Bewegung, welche von den Actien der Thüringischen Bahn ausging, die unter Verstaatlichungsgerüchten eine sehr beträchtliche Courssteigerung erfuhren. Oesterreichische Bahnen in günstiger Haltung; Elbethal wiederum höher. Für Stamm-Prioritäten erhält sich die Kauflust in größerem Maße. Berlin-Dresden, Berlin-Görlitz und Halle-Guben besonders bevorzugt. Oels-Gnesener wurden zu 44,25 lebhaft gehandelt. Banken steigend. Centralbank für Bauten + 0,50, Schaaffhausener Bankverein + 0,50, Berliner Handels-Gesellschaft + 0,40, auch Preußische Bodencredit höher. Dessauer Landesbank — 0,90, Industrie- und Montanwerthe höher. Lauchhammer + 1, Donnersmarckhütte + 0,90, Bochumer A. + 2,60, Schlesische Kohlen + 1,40, Aachen-Höngen + 2, Tarnowitzer + 4, Menden und Schwerte + 1, Hibernia + 0,60, Lincke + 1,50, Oberschlesischer Eisenbahnbedarf + ¾. Geld im Privatdiscont 3⅛; fremde Wechsel ziemlich fest.

Course um 2½ Uhr: Ruhig. **Creditactien** 514,00, **Lombarden** 151,00, **Franzosen** 470, **Reichsbank** 152,30, **Disconto-Comm.** 188,50, **Laurahütte** 128,50, **Türken** 10,00, **Italiener** 80,25, **Oesterr. Goldrente** 71,12, 1860er Loose —,—, Dortmunder Union 113,25, Oberschlesische —,—, Ungarische Goldrente 84,37, Oesterr. Silberrente 61,12, do. Papierrente 60,12, 5proc. Russen 88,25, neue —, Köln-Mindener 143,50, Rheinische 152,25, Bergische 93,25, Rumänen 43,87, Russ. Noten 211,25, Russ. Anleihe, alte —, Galizier —,—, I. Orient-Anleihe —,—, II. do. 59,00, III. do. 58,87, Weimarische Bank —,—.

Coupons. (Course nur für Posten.) Oesterr. Silberrent.-Cp. 172,25 bez., do. Eisenbahn-Coupon 172,25 bez., do. Papier in Wien zahlbar min. 40 Pf. k. Wien, Amerik. Gold-Dollar-Bonds 4,175 bez., do. Eisenbahn-Prior. 4,175 bez., do. Papier-Dollars 4,175 bez., 6% New-York-City 4,175 bez., Russ. Central-Boden min. — Pf. Paris, do. Papier und verl. min. 75 Pf. k. Pet., Poln. Papier u. verl. min. 75 Pf. Warschau, Russ. Zoll 20,52 bez. u. Br., 22er Russen —,—, Große Russ. Staatsbahn —,— bez., Russ. Boden-Credit —,— bez., Warschau-Wiener Comm. — bez., Warschau-Terespol —,— bez., 3% und 5% Lombard min. — Pf. Paris, Diverse in Paris zahlbar min. — Pf. Paris, Holländische min. — Pf. Amsterdam, Schweizer minus — Pf. Paris, Belgische minus — Pf. Brüssel, Verl. Estr.-Obligat. 20,28 bez.

Wien, 13. Januar. Die Einnahmen der Südbahn betrugen 450,193 Fl. Minus gegen die gleiche Woche des Vorjahres 71,811 Fl.

Berlin, 13. Jan. [Producten-Bericht.] Wir haben leichten Schneefall, die Luft ist frostig. Den auswärtigen, namentlich den Berichten aus Newyork, entsprechend war die Stimmung für Getreide auch heute sehr matt. Einige Realisirungen in Roggen haben weiteres Entgegenkommen der Verkäufer nöthig gemacht, der Umsatz auf Termine ist freilich nicht sonderlich rege geworden. Loco ist der Verkehr ganz schwach, Kauflust hielt sehr zurück. — Roggenmehl matter. — Weizen neuerdings billiger verkauft, Geschäft mäßig rege. — Hafer loco ziemlich fest, Termine aber unbeachtet. — Rüböl recht flau. Vermehrte Offerten machten merkliche Preisermäßigungen nöthig. — Petroleum matter. — Spiritus entschieden flau und obschon es an Kauflust für Waare nicht fehlte, haben sich die Terminpreise merklich verschlechtert.

Weizen loco 200—242 Mark pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, gelber schlesischer — M. ab Bahn bez., per Januar — M. bez., per März-April — Mark bez., per April-Mai 234—234½—234 Mark bez., per Mai-Juni 234½—234 Mark bez. Gekündigt — Ctr. Kündigungspreis — M. — Roggen loco 170—177 M. pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, russischer — M. ab Boden, inländ. 174—176 M., feiner inländ. — M. ab Bahn bez., per Januar und Januar-Februar 171—171½—170½ M. bez., per Februar-März 171½—172—171½ M. bez., per April-Mai 174 bis 174½—173½ M. bez., per Mai-Juni 173—173½—172½ M. bez. Gekündigt 2000 Ctr. Kündigungspreis 171 M. — Gerste loco 137—200 Mark nach Qualität gefordert. — Mais loco 146 bis 152 M. nach Qualität gefordert, rumänischer — Mark bez., amerikanischer 147—148 Mark ab Bahn bez. Gekündigt — Ctr. Kündigungspreis — Mark. — Hafer loco 135—157 M. pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, ost- und westpreußischer 139—145 Mark bez., russischer 138 bis 143 M. bez., pommerscher, mecklenburgischer und uckermärkischer 147 bis 149 Mark bez., schlesischer 147 bis 150 Mark bez., böhmischer 147 bis 151 Mark, fein. weiß. russischer 147—150 Mark ab Bahn bez., per Januar — Mark bez., per April-Mai 150½—150 Mark bez., per Mai-Juni 151½—151 Mark bez., Gekündigt — Centner. Kündigungspreis — Mark. — Erbsen, Kochwaare, 170—205 Mark, Futterwaare 157 bis 168 Mark. — Weizenmehl pro 100 Kilo Br. unversteuert incl. Sack Nr. 00: 32,50 bis 30,00 M. bez., Nr. 0: 30,00 bis 29,00 Mark, Nr. 0 und 1: 29,00 bis 27,00 Mark bez. — Roggenmehl pro 100 Kilo Br. unversteuert incl. Sack Nr. 0: 25,50 bis 24,50 M. bez., Nr. 0 und 1: 24,25 bis 23,25 M. — Roggenmehl pro 100 Kilo Br. Nr. 0 und 1 incl. Sack per Januar 24,10—23,95 Mark bez., per Januar-Februar 24,10—23,95 Mark bez., per Februar-März 24,15 bis 24,00 M. bez., per April-Mai 24,30—24,20 M. bez., per Mai-Juni 24,30—24,20 M. bez., per Juni-Juli — Mark bez. Gek. — Ctr. Kündigungspreis — Mark. — Rüböl pro 100 Kilo loco mit Faß 54,3 M. bez., ohne Faß 54 M. bez., per Januar 54,1 M. bez., per Januar-Februar 54,1 M. bez., per April-Mai 55,6—55,1 M. bez., per Mai-Juni 56 bis 55,7 M. bez., per September-October 58 M. bez. Gekündigt 500 Ctr. — Kündigungspreis 54 Mark. — Leinöl loco 66 M. — Petroleum loco per 100 Kilo incl. Faß 24,5 Mark bez., per Januar und Januar-Februar 24,1 bis 24 M. bez., per Februar-März 24,2—24,1 M. bez., per März-April — Mark bez., per April-Mai — Mark bez. Gekündigt 800 Ctr. Kündigungspreis 24 M.

Spiritus loco ohne Faß 60,2—59,8 M. bez., per Januar 59,8 bis 59,5 Mark bez., per Januar-Februar 59,8—59,5 M. bez., per April-Mai 61,2—61,3—61 M. bez., per Mai-Juni 61,3—61,4—61,2 M. bez., per Juni-Juli 62,3—62,4—62 M. bez., per Juli-August 63,2—63,3—62,9 M. bez., per August-September 63,6—63,7—63,3 M. bez. Gekündigt — Liter. Kündigungspreis — M.

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

Januar 13., 14.	Nachm. 2 U.	Abends 10 U.	Morgens 6 U.
Luftwärme (C.)	— 1°,4	— 1°,1	— 1°,4
Luftdruck bei 0° (mm)	759,4	756,7	752,3
Dunstdruck (mm)	3,4	3,4	3,1
Dunstsättigung (pCt.)	82	80	76
Wind	W. 2.	W. 3.	NW. 3.
Wetter	bedeckt.	bedeckt.	bedeckt.

Breslau, 14. Jan. [Wasserstand.] O.-P. 4 M. 92 Cm. U.-P. — M. 70 C. Eisstand.

Berliner Börse vom 13. Januar 1880.

Fonds- und Geld-Course.

Deutsche Reichs-Anl.	4	97,75 bz
Consolidirte Anleihe .	4½	104,50 bz
do. do. 1876 ..	4	97,25 bz
Staats-Anleihe	4	97,00 bzB
Staats-Schuldscheine .	3½	93,75 bz
Präm.-Anleihe v. 1855	3½	144,90 bz
Berliner Stadt-Oblig.	4½	103,30 bz
Pfandbriefe. Berliner	4½	103,25 bz
Pommersche	3½	88,70 bz
do.	4	96,80 bz
do	4½	102,80 bzG
do. Lndch. Crd..	4½	— —
Posensche neue. .	4	98,30 G
Schlesische ...	3½	— —
Lndschaftl. Central	4	98,70 bz
Rentenbriefe. Kur- u. Neumärk.	4	98,70 bz
Pommersche....	4	98,50 bz
Posensche	4	98,10 bz
Preussische	4	98,25 B
Westfäl. u. Rhein.	4	99,10 bz
Sächsische	4	98,90 bz
Schlesische	4	99,80 bz
Badische Präm.-Anl. .	4	133,50 bz
Baierische Präm.-Anl.	4	133,30 bz
do. Anl. v. 1875	4	97,40 bzG
Cöln-Mind. Prämiensch	3½	133,20 bz
Sächs. Rente von 1876	3	75,00 bz

Hypotheken-Certificate.

Krupp'sche Partial-Ob.	5	110,75 bz
Unkb. Pfd. d. Pr. Hyp.-B.	4½	102,25 bzG
do. do.	5	104,50 bzG
Deutsche Hyp.-Bk.-Pfb.	4½	100,50 G
do. do. do.	5	102,50 bzG
Kündbr. Cent.-Bod.-Cr.	4½	101,50 G
Unkündb. do. (1872)	5	105,40 bz
do. rückzb. à 110	5	112,00 bz
do. do. do.	4½	105,25 bz
Unk. H. d. Pr. Bd.-Crd.-B.	5	— —
do. III. Em. do.	5	104,50 G
Kündb. Hyp. Schuld. do.	5	— —
Hyp.-Anth. Nord. G-C-B	5	99,50 G
do. do. Pfandbr. . .	5	97,00 G
Pomm. Hyp.-Briefe . .	5	102,50 G
do. do. II. Em.	5	100,60 bzG
Goth. Präm.-Pf. I. Em.	5	116,90 bz
do. do. II. Em.	5	113,20 bzG
do. 5% Pf. rkzlbr. m. 110	5	105,75 G
do. 4½ do. do. m. 110	4½	101,00 bz
Meininger Präm.-Pfdb.	4	117,60 bzG
Pfdb. d. Oest. Bd.-Cr.-Ge.	5	101,50 bz
Schles. Bodencr.-Pfdbr.	5	103,75 G
do. do.	4½	101,75 G
Südd. Bod.-Cred.-Pfdb.	5	104,25 B
do. do.	4½	101,75 G

Ausländische Fonds.

Oest. Silber-R. (1/1. 1/7.)	4⅕	61,60 bzB
do. (1/4. 1/10.)		61,50 bzB
do. Goldrente	4	71,50et-50 bz
do. Papierrente . . .	4⅕	60,25 bz
do. 54er Präm.-Anl..	4	114,10 bz
do. Lott.-Anl. v. 60 .	5	126,25 bz
do. Credit-Loose. . .	fr.	326,20 bzG
do. 64er Loose	fr.	302,00 B
Russ. Präm.-Anl. v. 64	5	153,00 B
do. do. 1866	5	148,75 bz
do. Orient-Anl. v. 1877	5	58,90 bz
do. II. do. v. 1878	5	59,20 bz
do. III. do. v. 1879	5	59,00 bzB
do. Anleihe 1877. . .	5	88,40 bz
do. Bod.-Cred.-Pfdbr.	5	78,75 bz
do. Cent.-Bod.-Cr.-Pfb.	5	78,00 G
Russ.-Poln. Schatz-Obl.	4	80,50 bzB
Poln. Pfndbr. III. Em.	5	63,80 bz
Poln. Liquid.-Pfandbr.	4	56,30 G
Amerik. rückz. p. 1881	6	101,90 bz
do. 5% Anleihe .	5	101,20 etbz
Ital. 5% Anleihe . . .	5	80,40 etbzB
Raab-Grazer 100 Thlr. L	4	89,30 bzG
Rumänische Anleihe .	8	107,75 bz
Türkische Anleihe . .	fr.	10,00 G
Ungar. Goldrente . . .	6	84,70 bz
do. Loose (M. p. St.)	fr.	202,00 bzB
Ung. 5% St.-Eisenb.-Anl.	5	84,60 bzB
Schwedische 10 Thlr.-Loose —		
Finnische 10 Thlr.-Loose 49,40 B		
Türken-Loose 30,50 G		

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

Berg.-Märk. Serie II. .	4½	101,75 bzB
do. III. v. St. 3½ g.	3½	90,00 G
do. do. VI.	4½	102,25 bzG
do. Hess. Nordbahn	5	101,25 G
Berlin-Görlitz	5	101,00 G
do.	4½	99,20 bzB
do. Lit. C.	4½	99,10 G
Bresl.-Freib. Lit. D. E. F.	4½	101,50 G
do. do. G.	4½	101,50 G
do. do. H.	4½	101,70 G
do. do. J.	4½	101,70 G
do. do. K.	4½	101,70 G
do. von 1876	5	105,60 bzB
Breslau-Warschauer . .	5	102,75 bzB
Cöln-Minden III. Lit. A.	4	97,25 G
do. . . Lit. B.	4½	100,30 G
do. .... IV.	4	97,60 B
do. .... V.	4	97,40 G
Halle-Sorau-Guben . .	4½	103,25 G
Hannover-Altenbeken.	4½	100,30 G
Märkisch-Posener . . .	4½	— —
Niederschles.-Märk. I.	4	99,25 B
do. do. II.	4	97,75 G
do. Obl. I. u. II.	4	99,00 G
do. Obl. III. .	4	98,25 G
Oberschles. A.	4	— —
do. B.	3½	— —
do. C.	4	— —
do. D.	4	— —
do. E.	3½	— —
do. F.	4½	102,50 G
do. G.	4½	— —
do. H.	4½	102,70 G
do. von 1879.	4½	103,20 B
do. von 1873.	4	97,25 G
do. von 1874.	4½	102,50 G
do. Brieg-Neisse	4½	— —
do. Cosel-Oderb.	5	102,00 G
do. Stargard-Posen	4	— —
do. do. II. Em.	4½	— —
do. do. III. Em.	4½	— —
do. Ndrschl. Zwgb.	3½	— —
Ostpreuss. Südbahn .	4½	102,30 G
Rechte-Oder-Ufer-B. .	4½	102,50 B
Schlesw. Eisenbahn .	4½	101,50 G
Charkow-Asow gar. . .	5	92,40 B
do. do. in Pfd. Sterl.	5	85,10 B
Charkow-Kremen. gar.	5	89,00 bz
do. do. in Pfd. Sterl.	5	— —
Rjäsan-Koslow gar. . .	5	99,40 bzG
Dux-Bodenbach	5	89,75 bzG
do. II. Em.	5	78,90 bzG
Prag-Dux	fr.	47,00 G
Gal. Carl-Ludw.-Bahn	5	90,90 bzG
do. do. neue	5	89,70 bzG
Kaschau-Oderberg . . .	5	73,25 bzG
Ung. Nordostbahn . .	5	69,90 bzG
Ung. Ostbahn	5	67,00 bzG
Lemberg-Czernowitz .	5	75,70 etbzB
do. do. II.	5	78,60 bzG
do. do. III.	5	73,00 bzG
do. do. IV.	5	71,75 bz
Mährische Grenzbahn	5	65,75 bzG
Mähr.-Schl. Centralb. .	fr	29,50 bz
Kronpr. Rudolf-Bahn .	5	79,80 bzG
Oesterr.-Französische .	3	368,20 G
do. do. II.	3	361,25 bz
do. südl. Staatsbahn	3	256,90 bz
do. neue	3	256,90 bz
do. Obligationen	5	90,25 etbzG
Rumän. Eisenb.-Oblig.	6	95,90 bz
Warschau-Wien II. . .	5	101,50 B
do. III. . .	5	101,00 bz
do. IV. . .	5	98,80 G
do. V. . .	5	97,90 bz

Wechsel-Course.

Amsterdam 100 Fl. . . .	8 T.	3	168,75 bz
do. do. . . .	2 M.	3	168,00 bz
London 1 Lstr.	3 M.	3	20,24 bz
Paris 100 Frcs.	8 T.	3	80,75 bz
Petersburg 100 SR. . . .	3 M.	6	208,80 bz
Warschau 100 SR. . . .	8 T.	6	210,90 bz
Wien 100 Fl.	8 T.	4	172,60 bz
do. do.	2 M.	4	171,60 bz

Kurh. 40 Thaler-Loose 272,00 bz
Badische 35 Fl.-Loose 176,60 bz
Braunschw. Präm.-Anleihe 93,40 bz
Oldenburger Loose 151,75 B

Ducaten 9.57 bz	Dollar — —
Sover. — —	Oest. Bkn. 172,85 bz
Napoleon 16,20 G	do. Silbergd. — —
Imperials — —	Russ. Bkn. 211,35 bz

Eisenbahn-Stamm-Actien.

Divid. pro	1878	1879		
Aachen-Mastricht .	½	—	4	33,10 bzG
Berg-Märkische . .	4	—	4	93,30 bz
Berlin-Anhalt . . .	5	—	4	102,25 bzG
Berlin-Dresden . .	0	—	4	16,25 bzG
Berlin-Görlitz . . .	0	0	4	25,75 bzG
Berlin-Hamburg .	10½	—	4	188,00 bzG
Berl-Potsd.-Magdb	3½	4	4	95,30 bz
Berlin-Stettin . . .	3,65	4¾	4	112,00 bzG
Böhm. Westbahn.	5¾	—	5	93,00 bzG
Bresl.-Freib.	3¼	—	4	92,80 bzG
Cöln-Minden	6,3	6	4	143,60 bz
Dux-Bodenbach. B.	0	0	4	60,00 bzG
Gal. Carl-Ludw.-B.	8,214	—	4	110,70 bz
Halle-Sorau-Gub. .	0	—	4	25,00 bzB
Hannover-Altenb.	0	0	4	53,70 bzG
Kaschau-Oderberg	4	—	5	53,25 bzG
Kronpr. Rudolfb. .	5	—	5	65,90 bzG
Ludwigsh.-Bexb. .	9	—	4	191,00 bz
Märk.-Posener . .	0	0	4	31,60 bz
Magdeb.-Halberst.	9½	6	4	142,50 bzG
Mainz-Ludwigsh. .	4	—	4	88,80 bz
Niederschl.-Märk. .	4	4	4	99,00 B
Oberschl. A. C. D. E.	8½	—	3½	173,00 bz
do. B.	8½	—	3½	148,50 bzG
Oesterr.-Fr. St.-B.	6	—	4	471,50-470,00
Oest. Nordwestb. .	4	—	5	281,50 bz
Oest. Südb. (Lomb.)	0	—	4	147,00-150
Ostpreuss. Südb. .	0	—	4	63,90 bzB
Rechte-O.-U.-B. . .	7	—	4	140,10 bzG
Reichenberg-Pard.	4	—	4⅕	53,80 bzG
Rheinische	7	7	4	152,20 bz
do. Lit. B. (4% gar.)	4	4	4	96,70 bz
Rhein-Nahe-Bahn	0	—	4	13,40 bz
Rumän. Eisenbahn	2	—	4	43,90 bz
Schweiz Westbahn	0	—	4	19,75 bzG
Stargard-Posener .	4½	—	4½	103,50 bzB
Thüringer Lit. A.	8	—	4	155,75 bz
Warschau-Wien .	9,165	—	4	252,75 bz

Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Actien.

Berlin-Dresden . .	0	—	5	43,25 bzG
Berlin-Görlitzer . .	1	—	5	73,10 bzG
Breslau-Warschau	0	—	5	42,50 bzG
Halle-Sorau-Gub. .	0	—	5	82,50 bzG
Hannover-Altenb.	0	—	5	— —
Kohlfurt-Falkenb.	0	—	5	36,00 bz
Märkisch-Posener	5	—	5	99,00 bzG
Magdeb.-Halberst.	4⅕	3½	3½	88,10 bzG
do. Lit. C.	5	5	5	118,20 bz
Ostpr. Südbahn . .	5	—	5	99,00 bzG
Posen-Kreuzburg .	2¾	—	5	68,50 bzG
Rechte-O.-U.-B. . .	7	—	5	139,25 bzG
Rumänier	8	—	8	102,00 bzB
Saal-Bahn	0	0	5	41,00 bzG
Weimar-Gera . . .	0	0	5	29,75 bzG

Bank-Papiere.

Allg. Deut. Hand.-G	2	—	4	51,50 etbzG
Berl. Kassen-Ver.	8 9/10	—	4	167,00 bz
Berl. Handels-Ges.	0	—	4	104,90 bzG
Brl. Prd.-u. Hdls.-B.	0	—	4	76,60 bzG
Braunschw. Bank	4½	—	4	93,30 bz
Bresl. Disc.-Bank.	3	—	4	95,90 bzG
Bresl. Wechslerb.	5⅔	—	4	101,00 bzG
Coburg. Cred.-Bnk.	4½	—	4	89,50 B
Danziger Priv.-Bk.	5⅕	—	4	107,60 G
Darmst. Creditbk.	6¾	—	4	142,60 bzB
Darmst. Zettelbk.	5¼	—	4	105,00 bzG
Deutsche Bank .	6½	—	4	139,60 etbzG
do. Reichsbank	6,3	—	4½	152,30 bzG
do. Hyp.-B. Berl.	6¼	—	4	89,50 B
Disc.-Comm.-Anth.	6½	—	4	188,30 bzG
do. ult.	6½	—	4	189,25-88,50
Genossensch.-Bnk.	5½	—	4	110,00 bzG
do. junge	5½	—	4	107,00 G
Goth. Grundcredb.	6	—	4	91,75 bzG
do. junge	6	—	4	90,50 bzG
Hamb. Vereins-B.	7¾	—	4	— —
Hannov. Bank . .	5½	—	4	104,90 bz
Königsb. Ver.-Bnk.	6	—	4	100,00 B
Lndw.-B. Kwilecki	4⅔	—	4	62,50 G
Leipz. Cred.-Anst.	6⅔	—	4	143,75 bzG
Luxemburg. Bank	7½	—	4	134,90 bz
Magdeburger do.	6 3/10	—	4	114,50 bz
Meininger do.	2½	—	4	94,30 bzG
Nordd. Bank . . .	8⅘	—	4	152,00 bzG
Nordd. Grundcr.-B.	0	—	4	53,25 bzG
Oberlausitzer Bk.	4	—	4	84,00 bzG
Oest. Cred.-Actien	8¾	—	4	514,50-513,00
Posener Pro.-Bank	4	—	4	110,00 B
Pr. Bod.-Cr.-Act.-B.	5	—	4	98,00 bzG
Pr. Cent.-Bod.-Crd.	9½	—	4	127,00 bzG
Sächs. Bank	5¾	—	4	114,00 bzG
Schl. Bank-Verein	5	—	4	105,75 B
Weimar. Bank . .	0	—	4	41,25 bzG
Wiener Unionsbk.	5	—	4	—

In Liquidation.

Berliner Bank . .	—	—	fr.	— —
Centralb. f. Genoss.	—	—	fr.	47,25 G
Sächs. Cred.-Bank	—	—	fr.	— —
Schl. Vereinsbank	—	—	fr.	— —
Thüringer Bank .	—	—	fr.	190,50 G

Industrie-Papiere.

D. Eisenbahnb.-G.	0	—	4	10,75 bzG
do. Reichs-u. Co.-B.	—	—	fr.	— —
Märk.-Sch. Masch G	0	—	4	43,00 bzG
Nordd. Gummifab.	4	—	4	55,00 bz
Pr. Hyp.-Vers.-Act.	5	—	4	87,75 bzB
Schles. Feuervers.	21	—	fr.	— —
Donnersmarkhütt.	½	—	4	74,90 bz
Dortm. Union . . .	0	—	4	16,75 bzG
do. abgest. . .	0	—	4	21,10 bzG
Königs- u. Laurah.	1½	—	4	127,90 bzG
Lauchhammer . .	0	—	4	46,00 bzG
Marienhütte	2½	—	4	83,40 bzG
Cons. Redenhütte .	4	—	4	188,00 bzG
do. Oblig.	6	6	6	103,00 bzB
Schl. Kohlenwerke	0	—	4	24,50 bzG
Schl. Zinkh.-Actien	5½	—	4	102,00 bzG
do. St.-Pr.-Act.	5½	—	4½	105,00 bzG
Oppeln. Portl. Cem.	3½	—	4	57,90 bzB
Groschowitzer dto.	2	—	4	53,75 G
Tarnowitz. Bergb.	0	—	4	89,00 bzG
Vorwärtshütte. . .	0	—	4	26,60 bzB
Bresl. E.-Wagenb.	5½	—	4	85,00 bzG
do. ver. Oelfabr.	5½	—	4	80,50 bzG
do. Strassenbahn	6	—	4	114,25 bzG
Erdm. Spinnerei .	0	—	4	34,25 etbzG
Görlitz. Eisenb.-B.	6½	—	4	94,75 bzG
Hoffm.'s Wag. Fabr	0	—	4	conv. 69,00 G
O.-Schl. Eisenb.-B.	0	—	4	71,00 bzG
Schl. Leinenind. .	5	—	4	90,50 G
do. Porzellan . .	1½	—	4	61,00 bzG
Wilhelmsh. MA. .	0	—	4	42,25 bzG

Bank-Discont 4 pCt.
Lombard-Zinsfuss 5 pCt.

⁂ **Breslau**, 14. Jan., 9½ Uhr Vorm. Am heutigen Markte war der Geschäftsverkehr im Allgemeinen schleppend, bei mäßigem Angebot Preise schwach preishaltend.

Weizen in gedrückter Stimmung, per 100 Kilogr. schlesischer weißer 19,40 bis 21,10—22,10 Mark, gelber 19,20—20,40 bis 21,30 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Roggen schwach gefragt, pr. 100 Kilogr. 15,80 bis 16,80 bis 17,20 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Gerste in matter Stimmung, pr. 100 Kilogr. 15,50—16,60 Mark, weiße 16,80 bis 17,20 Mark.

Hafer ohne Aenderung, pr. 100 Kilogr. 12,90—13,80—14,10 Mark.

Mais in ruhiger Haltung, pr. 100 Kilogr. 13,20—13,80—14,60 Mark.

Erbsen mehr offerirt, pr. 100 Kilog. 18,50—19,60—20,20 M., Victoria- 21,00—22,00—23,50 Mark.

Bohnen in ruhiger Haltung, pr. 100 Kilogr. 19,50—21,00—22,00 M.

Lupinen mehr beachtet, pr. 100 Kilogr. gelbe 7,80—8,40—8,90 Mark, blaue 7,60—8,20—8,60 Mark.

Wicken ohne Aenderung, pr. 100 Kilogr. 13—13,50—14,20 Mark.

Oelsaaten in matter Stimmung.

Schlaglein schwächer angeboten.

Pro 100 Kilogramm netto in Mark und Pf.						
Schlag-Leinsaat	26	—	25	—	22	—
Winterraps	23	—	22	—	21	50
Winterrübsen	22	50	21	75	21	50
Sommerrübsen	22	50	21	75	21	50
Leindotter	22	50	21	50	20	75

Rapskuchen behauptet, pr. 50 Kilogr. 6,50—6,70 Mark, — fremde 6,10—6,30 Mark.

Leinkuchen ohne Aenderung, pr. 50 Kilogr. 9,70—9,90 Mark.

Kleesamen schwächer zugeführt, rother unverändert, pr. 50 Kilogr. 40—45—50—53 Mark, — weißer matter, 46—55—64—75 Mark, hochfeiner über Notiz.

Tannenklee matt, pr. 50 Kilogr. 48—52—62 Mark.

Thymothee unverändert, pr. 50 Kilogr. 19—22—26 Mark.

Mehl ohne Aenderung, pr. 100 Kilogr. Weizen fein 31,00—32,00 Mark, Roggen fein 27,00—28,00 Mark, Hausbacken 26,00—27,00 Mark, Roggen-Futtermehl 10,20—11,00 Mark, Weizenkleie 9,50—10 Mark.

Heu 2,60—3,00 Mark pr. 50 Kilogr.

Roggenstroh 20,00—22,00 Mark pr. Schock à 600 Kilogr.

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Lemberg, 13. Jan. Die Verkehrshindernisse auf der galizischen Bahn sind gänzlich beseitigt.

Paris, 13. Jan. Bezüglich eines Artikels des „Journal de Debats", welcher sich für die Convertirung der 5procentigen Rente ausspricht, glaubt „Temps" zu wissen, der Finanzminister erklärte in einer Unterredung mit Say, er verzichte für seinen Theil auf jede Idee der Convertirung. „Temps" fügt hinzu, der Finanzminister befinde sich über diesen Punkt vollkommen im Einverständniß mit den übrigen Ministern, sowie mit Grévy und Gambetta.

Paris, 13. Jan. Deputirtenkammer. Zu Vicepräsidenten wurden die bisherigen Vicepräsidenten Brisson, Sénard und Bethmont wiedergewählt; die Wahl des vierten Vicepräsidenten, sowie die Wahl der Quästoren und der Secretäre wird am Donnerstag stattfinden.

Rom, 13. Jan. Senatssitzung. Mahlsteuerdebatte. Torregiani spricht für Aufhebung. Jacini weist nach, der Senat könne den Entwurf weder annehmen, noch unbedingt ablehnen, noch modificiren. Er bespricht die Finanzlage und nimmt eine aufschiebende Motion an, die keinerlei feindseligen Charakter gegen das Ministerium habe. Alvisi beantragt eine Tagesordnung, welche die Aufhebung der Mahlsteuer im Januar 1884 billigt und die Zuversicht ausspricht, die Regierung werde durch rationelle Umgestaltung der Steuer der Finanzlage gerecht werden.

Rom, 13. Jan. Die italienische Regierung hat beschlossen, einen Militärattaché bei ihrer Botschaft in Petersburg zu ernennen und hierzu den Major Appelius designirt.

Petersburg, 13. Jan. Das für das Jahr 1880 veranschlagte Staatsbudget ist am heutigen Neujahrstage vom „Regierungsboten" publicirt, die Ziffern desselben sind bereits bekannt, rund 666,000,000 in Einnahme und Ausgabe.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

(W. T. B.) **Paris**, 13. Januar, Abends. [Boulevard-Verkehr.] 3% Rente —, —, Anleihe von 1872 116, 60, Italiener 79, 95, Oesterreichische Goldrente —, —, Ungar. Goldrente 84¾, Spanier exter. —, 1877er Russen —, —, Türken 1865 —, —, III. Orientanleihe —, Egypter 280, —, Banque ottomane 527, —, Lombarden —, —, Türkenloose —, —. — Steigend.

Frankfurt a. M., 13. Januar, Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schluß-Course.] Londoner Wechsel 20, 345. Pariser Wechsel 80, 72. Wiener Wechsel 173, 75. Köln-Mindener Stamm-Act. 143½. Rheinische do. 152⅝. Hessische Ludwigsbahn 88⅞. Köln-Mindener Prämien-Antheilscheine 132¾. Reichs-Anleihe 97⅞. Reichsbank 151⅞. Darmstädter Bank 143. Meininger Bank 94¼. Oest.-Ung. Bank 722, 00. Creditactien*) 257½. Silberrente 61⅜. Papierrente 60⅜. Oesterr. Goldrente 71⅜. Ungar. Goldrente 84¾. 1860er Loose 126⅛. 1864er Loose 305, 00. Ungar. Staatsloose 201, 50. do. Ostbahn-Obligationen II. 78⅝. Böhmische Westbahn 186½. Elisabethbahn 164. Nordwestbahn 140¾. Galizier 220½. Franzosen*) 235¼. Lombarden*) 74¼. Italiener — 1877er Russen 88⅝. II. Orientanleihe 59⅛. Central-Pacific 108. Privatdiscont —. Disconto-Commandit —, —. — Fest.

Nach Schluß der Börse: Creditactien 256½, Franzosen 235⅛, Lombarden 74½, Oesterr. Goldrente —, Ungar. Goldrente —, Galizier 220, II. Orientanleihe —, III. Orientanleihe —. 1860er Loose —.

*) per medio resp. per ultimo.

Hamburg, 13 Januar, Nachmittags. [Schluß-Course.] Hamburger St.-Pr.-A. 125¼, Silberrente 61⅛, Oest. Goldrente 71⅛, Ung. Goldrente 84½, Credit-Actien 258, 1860er Loose 127, Franzosen 589, Lombarden 188½, Italienische Rente 80, 1877er Russen 88½, II. Orient-Anleihe 57¼, Vereinsbank 120⅞, Laurahütte 128, Nordd. 152¼, Commerzbank 115, Anglo-deutsche 56½, Amerik. de 1885 95, Köln-Mind. St.-A. 143¼, Rhein. Eisenb. do. 152, do. junge 145⅜, Berg.-Märk. do. 93, Berlin-Hamb. do. 186½, Altona-Kiel. do. 136¼, Oesterr. Nordwestbahn 352, —, Disconto 3¼ pCt.

Silber in Barren per Kilogr. 154, 50 Br., 154, 00 Gd.

Wechselnotirungen: London lang 20, 25 Br., 20, 19 Gd., London kurz 20, 37 Br., 20, 29 Gd., Amsterdam 168, 75 Br., 167, 95 Gd., Wien 172, 00 Br., 170, 00 Gd., Paris 80, 20 Br., 79, 80 Gd., Petersburger Wechsel 210, 00 Br., 206, 00 Gd.

Hamburg, 13. Januar, Nachm. [Getreidemarkt.] Weizen loco unverändert, auf Termine flau. Roggen loco unverändert, auf Termine flau. Weizen per April-Mai 234 Br., 233 Gd., per Mai-Juni 236 Br., 235 Gd. — Roggen per April-Mai 165 Br., 164 Gd., per Mai-Juni 164 Br., 163 Gd. Hafer und Gerste unverändert. Rüböl still, loco 58, per Mai 58. — Spiritus still, per Januar 53 Br., per Februar-März 52⅛ Br., per April-Mai 51¼ Br., per Mai-Juni 51¼ Br. — Kaffee fest, Umsatz 3000 Sack. — Petroleum ruhig, Standard white loco 7, 50 Br., 7, 30 Gd., per Januar 7, 30 Gd., per Februar-März 7, 70 Gd. — Wetter: Thauschnee.

Liverpool, 13. Januar, Vormittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht.) Muthmaßlicher Umsatz 10,000 Ballen. Fest. Tagesimport 23,000 Ballen, davon 16,000 amerikanische, 4000 Ballen ostindische.

Liverpool, 13. Januar, Nachmittags. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umsatz 10,000 Ballen, davon für Speculation und Export 1000 Ballen. Amerikaner sich bessernd, Surats fest. Middl. amerikanische Februar-März-Lieferung 7 1/16, März-April-Lieferung 7⅛ D.

Liverpool, 13. Jan. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) (Weitere Meldung.) Umsatz 12,000 Ballen. Amerikaner und Surats 1/16 D. theurer.

Manchester, 13. Januar, Nachm. 12r Water Armitage 7½, 12r Water Taylor 8½, 20r Water Micholls 10, 30r Water Gidlow 10¾, 30er Water Clayton 11¼, 40r Mule Mayoll 11, 40r Medio Wilkinson 12¼, 36r Warpcops Qualität Rowland 11⅛, 40r Double Weston 11¾, 60r Double Weston 13¾, Printers 16/16 34/50 8½pfd. 102. Anziehend.

Königsberg, 13. Januar, Nachm. 2 Uhr. [Getreidemarkt.] Weizen niedriger. Roggen niedriger, loco 121/122pfd. 2000 Pfd. Zollgew. 153, 50, per Frühjahr 162, 00, per Mai-Juni 162, 50. — Gerste still. — Hafer fest, loco pr. 2000 Pfund Zollgewicht 136, 00, per Frühjahr 142, 00. Weiße Erbsen pr. 2000 Pfd. Zollgewicht 150, 00. — Spiritus per 100 Ltr. 100 pCt. loco 57, 00, per Frühjahr 60, 25, per Mai-Juni 61, 25. — Wetter: Trübe.

Danzig, 13. Januar, Nachmittag 2 Uhr. [Getreidemarkt.] Weizen weichend. Umsatz 120 Tonnen. Bunter pr. 2000 Pfd. Zollgewicht 200—208, hellbunter 212,00—223,00, hochbunter und glasig 230,00 bis 234,00, pr. April-Mai 226,00, per Mai-Juni 230,00. — Roggen behauptet, 120pfünd. loco pr. 2000 Pfd. Zollgewicht inländischer 155,00—158,00, do. loco russischer 150,00, unterpolnischer pr. April-Mai 162,00. Kleine Gerste per 2000 Pfund Zollgewicht 145,00. Große Gerste per 2000 Pfund Zollgewicht 161,00—180,00. — Weiße Kocherbsen per 2000 Pfd. Zollgewicht loco 145,00. — Hafer pr. 2000 Pfd. Zollgewicht loco 130,00. — Spiritus pr. 100 Liter 100 pCt. loco 56,25.

Pest, 13. Januar, Vorm. 11 Uhr. [Productenmarkt.] Weizen loco und Termine ruhiger, per Frühjahr 14, 65 Gd., 14, 70 Br. — Hafer per Frühjahr 7, 60 Gd., 7, 65 Br. — Mais per Mai-Juni 8, 70 Gd., 8, 75 Br. — Kohlraps per August-September 13¼. — Wetter: Trübe. Wasserstand 8 Centimeter höher als gestern.

Paris, 13. Januar, Nachm. [Productenmarkt.] (Schlußbericht.) Weizen ruhig, per Januar 33, 25, per Februar 33, 25, per März-April 33, 25, per März-Juni 33, 25. Mehl ruhig, per Januar 71, 00, per Februar 71, 00, per März-April 71, 00, per März-Juni 71, 00. — Rüböl behauptet, per Januar 80, 50, per Febr. 80, 50, per März-April 80, 75, per Mai-August 81, 75. — Spiritus behauptet, per Januar 69, 50, per Februar 69, 25, per März-April 69, 75, per Mai-August 68, 75.

Paris, 13. Jan., Nchm. Rohzucker ruhig, Nr. 10/13 pr. Januar per 100 Kilgr. 64, 50, Nr. 7/9 pr. Januar per 100 Kilgr. 70, 50. Weißer Zucker steigend, Nr. 3 per 100 Kilogr. per Januar 76, 00, per Februar 75, 75, per März-April 75, 50.

London, 13. Januar. Havannazucker Nr. 12, 27. Fest.

Antwerpen, 13. Januar. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Weizen ruhig. Roggen flau. Hafer unverändert. Gerste still.

Antwerpen, 13. Januar, Nachmittags 4 Uhr 30 Min. [Petroleum-Markt.] (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 19 bez., 19¼ Br., per Febr. 19 bez., 19¼ Br., per März 19⅛ Br., per September 20¾ Br. Weichend.

Bremen, 13 Januar, Nachm. Petroleum ruhig. (Schlußbericht.) Standard white loco 7, 50, per Febr. 7, 60, per März-April 7, 75, per August-December 8, 60. Alles Brief.

Vorträge und Vereine.

—d. **Breslau**, 8. Januar. [Bezirksverein für die Schweidnitzer Vorstadt.] In der heute abgehaltenen, vom Rittergutsbesitzer Kempner geleiteten Generalversammlung gab zunächst Herr L. Freund den Geschäfts- und Kassenbericht. Darnach zählte der Verein bei Beginn des verflossenen Jahres 368 Mitglieder. Im Laufe des Jahres schieden aus 83, dagegen traten ein 144 Mitglieder, so daß der Verein gegenwärtig 429 Mitglieder zählt. Abgehalten wurden 11 Vereinssitzungen, die in 11 Vorstandssitzungen vorbereitet worden waren. Die Einnahmen betrugen 1354,78 Mark, die Ausgaben 976,15 M., so daß 378,63 M. Bestand verbleiben. Dem Kassirer wird Decharge ertheilt. Herr Zebulla berichtet über die Weihnachtseinbescheerung, bei welcher 1664,90 M. zu wohlthätigen Zwecken verwendet worden sind. Nach einer längeren Debatte über die Zweckmäßigkeit der vertheilten Kleidungsstücke wurde zur Neuwahl des Vorstandes geschritten. Dieselbe hatte eine lebhafte Agitation vorangehen lassen, die auch Veranlassung war, daß die Versammlung äußerst zahlreich besucht war. 3 Vorschlagslisten gelangten zur Vertheilung. Während der Feststellung des Wahlresultats wurde vom Lector Weidemann u. Gen. ein Antrag auf Abfassung eines Statuts oder Reglements zur Regelung der Weihnachtseinbescheerungen eingebracht und von Herrn Weidemann eingehend motivirt. Der Referent des Vorstandes, Herr Troplowitz, sprach gegen die Annahme des Antrages. Die weitere Debatte über diesen Antrag nahm mehrfach einen sehr gereizten Charakter an, welche mit der Ablehnung des genannten Antrages endete. Anläßlich einer Frage wurde beschlossen, im Anschluß an eine Petition des Bezirksvereins südlich der Verbindungsbahn den Magistrat um Pflasterung, Beleuchtung und Wasserversorgung der Lehmgrubenstraße zu ersuchen. Das Wahlresultat war folgendes. In den Vorstand wurden gewählt die Herren: prakt. Arzt Dr. Körner, Kaufmann G. Kopisch, Rittergutsbesitzer Kempner, Particulier L. Freund, Kaufmann S. Troplowitz, Kaufmann L. Löwenthal, Locomotivführer a. D. Müller, Lector Weidemann, Fabrikbesitzer B. Wohlauer, Heildiener Lichterfeld, Prof. Dr. Lujo Brentano und Dr. phil. Schieweck.

—d. **Breslau**, 9. Jan. [Bezirksverein für die Ohlauer Vorstadt.] In der Generalversammlung des Vereins gab zunächst der Vorsitzende, Herr Spreuer, einen kurzen Jahresbericht über die Thätigkeit des Vereins. Nach diesem fanden im vergangenen Jahre 9 allgemeine Versammlungen und 10 Vorstandssitzungen statt. Vorträge wurden 3 gehalten und zwar von den Herren Dr. Sachs „über Gesundheitspflege in der Schule", vom Staatsanwalt Prof. Dr. Fuchs „über die Civilproceßordnung" und vom Gasanstaltsdirector Troschel „über Brennmaterialien und deren Verwendung". Nach dem vom Pflanzgärtner Springer erstatteten Kassenberichte ist ein Baarbestand von 62,80 M. vorhanden. Aus den Verhandlungen des Vereins ist die Statutenänderung hervorzuheben, daß der Vorstand ermächtigt ist, sich nicht wie bisher durch 3, sondern durch 6 Mitglieder mittelst Cooptation zu verstärken, daß ferner Mitglied des Vereins auch der werden kann, welcher, wenn auch nicht in der Ohlauer Vorstadt wohnend, so doch Grundbesitz in derselben hat. Ein vorläufiger Bericht über die Thätigkeit des Weihnachts-Comites ergab, daß vom Bezirksverein der Ohlauer Vorstadt etwas mehr als 3000 Mark zur Einbescheerung für arme Wittwen und Waisen durch freiwillige Gaben aufgebracht worden sind. Der Vorsitzende sprach dem Weihnachts-Comite den Dank der Versammlung aus. Bei der folgenden Neuwahl des Vorstandes wurde der bisherige Vorstand wiedergewählt, nämlich die Herren Director Dr. Fiedler, Zimmermeister Gliwitzki, Prof. Dr. Gscheidlen, Fabrikbesitzer Ernst Hoffmann, Kaufm. Sährig, Kaufm. Samoje, praktischer Arzt Dr. Schmeidler, Director Seidel, Secretair Spreuer, Pflanzgärtner Springer, Mechanikus Thomas und Gärtner Weiß.

—d. **Breslau**, 10. Jan. [Schlesischer Centralverein zum Schutz der Thiere.] In der letzten Vorstandssitzung, welche unter dem Vorsitz des königl. Departementsthierarztes und Medicinalassessors Dr. Ulrich in Beck's Restauration (Neue Gasse) abgehalten wurde, gelangten zunächst drei Thierquälereien zur Anzeige, welche bereits dem Amtsgerichtsanwalt zur weiteren Veranlassung übergeben worden sind. Der Vorsitzende referirte demnächst Namens der Prämiirungscommission über das Verfahren, welches bei der Prämiirung von Hundefuhrwerksbesitzern beobachtet worden. Ein Zuschuß zur Prämiirung aus der Kasse wurde nachträglich genehmigt. Wie mitgetheilt wurde, hat sich für den Kreis Strehlen in Strehlen ein Thierschutzverein gebildet, welcher gewillt ist, dem Verbande schlesischer Thierschutzvereine beizutreten. Nach dem Bericht der Rechnungsrevisoren wurden die Herren Winderlich, Jänicke, Theurich, von Lilienhof, Pelz, Junge und Forchner statutenmäßig aus dem Vorstande ausgeloost. Nach Erledigung verschiedener geschäftlicher Angelegenheiten wurde zum Schluß der Sitzung beschlossen, aus den Mitteln der Vereinskasse bei wieder eintretendem Schneefalle Futter für die Vögel anzukaufen.

= **Breslau**, 10. Jan. [Verein Breslauer evangelischer Lehrer.] Die heutige Sitzung eröffnete der Vorsitzende mit der Mittheilung, daß die Verlesung des Jahresberichts, die statutengemäß in der ersten Sitzung des Jahres stattfinden soll, eingetretener Hindernisse wegen auf die zweite Sitzung verlegt worden sei. Hierauf setzte Herr Rector Thomas seinen schon am vorletzten Vereinsabend begonnenen Vortrag über die Kryptogamen fort. Indem der Vortragende eine große Anzahl meist selbst gesammelter Exemplare vorführte, berührte er Aussehen, Vorkommen, Nutzen und Schaden derselben. Die Besprechung der niedersten Pflanzengebilde gab Veranlassung, der sehr unbestimmten Grenze zwischen Pflanzen- und Thierreich zu gedenken. Eine gewisse Willensthätigkeit sei den Pflanzen nicht geradezu abzusprechen. Nach einigen Bemerkungen über den Standort, ein wichtiges Unterscheidungsmerkmal, verbreitet sich der Vortragende über die äußere Gliederung der Kryptogamen und in ausführlicher Weise über den inneren Bau der Geschlechtsorgane und die Fortpflanzung. Dieses sehr interessante Gebiet der Kryptogamenwelt wurde durch viele zweckentsprechende Zeichnungen mikroskopischer Organe und Vorgänge erläutert.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.